

Über die Aufgabe der Medien im 21. Jahrhundert

Historische Tatsachen sind bei Berichten aus Kriegs- und Krisengebieten besonders wichtig

von Karin Leukefeld*

Karin Leukefeld
(Bild zvg)

Aus aktuellem Grund – dem militärischen Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine – möchte ich heute über Medien und Berichterstattung sprechen. Denn die Medien haben sich sehr verändert, und auch die Art, wie und worüber sie berichten, hat sich

verändert. Das betrifft besonders die Auslandsberichterstattung und da vor allem die Berichte aus Kriegs- und Krisengebieten.

Artikel – auch die von Nachrichtenagenturen – werden zunehmend mit Künstlicher Intelligenz erzeugt. Journalisten sitzen am Computer und sind nur noch selten am Ort des Geschehens. Es werden kaum noch Quellen aus Bibliotheken, Büchern, aus eigenen Gesprächen mit Augenzeugen, eigener Recherche vor Ort zusammengetragen und mit weiteren Quellen abgeglichen.

Es werden kaum noch unterschiedliche Sichtweisen dargestellt, die natürlich – und nicht nur bei Konflikten – vorhanden sind. Artikel berufen sich auf Agenturmeldungen von AFP, AP, Reuters, dpa – die alle ihre Zentralen in westlichen Hauptstädten haben. Medien aus anderen Teilen der Erde werden kaum wahrgenommen und wenn – wie aus Russland oder China – als «gesteuert» dargestellt. Oder sie werden verboten.

Artikel berufen sich auf nicht überprüfbare «Soziale Medien», «Bürgerjournalisten» oder zivilgesellschaftliche Organisationen, die über Konflikte häufig subjektiv und einseitig berichten. Und es gibt Medien, die Berichte von Geheimdiensten übernehmen, die – aus Sicherheitsgründen, versteht sich – nicht näher benannt werden. Das nimmt in den letzten Jahren deutlich zu, und das sage ich vor dem Hintergrund von mehr als 20 Jahren Arbeit in der Türkei, im Irak, im Libanon, im Iran, Ägypten, Syrien und den Golf-Staaten. Wir leben in einer gefährlichen Zeit.

Stimmen für Dialog und Frieden werden diffamiert. Das internationale Recht wird missachtet und verkommt. Anstatt Unrecht, Heuchelei und Lüge aufzuzeigen und alle Seiten zu Wort kommen zu lassen, damit die Öffentlichkeit sich ein Bild machen und verstehen kann, begleiten Medien wie Kriegstrommler und Trompeter früherer Heere politische Krisen und drängen zur Eskalation.

Die Berichterstattung ist – und hier beziehe ich mich auf einen Offizier des österreichischen Bundesheeres – Teil einer hybriden Drohkulisse geworden. «Krieg ohne Kampf» nennen das die Militärs. Ein Krieg, der einen politischen Gegenspieler schwächen und destabilisieren soll.

«Hybride Bedrohung» findet verdeckt statt, oft illegal. Manchmal auch offen. Schauplatz ist vor allem das Internet. Das Ziel ist der Kopf. Und in jedem Fall kann die «hybride Bedrohung» jederzeit auch mit militärischen Mitteln – als Krieg – fortgesetzt werden.

Akteure dieser «hybriden Bedrohung» sind demnach Medien, es ist der Cyber-Bereich, es sind Manipulationen bis hin zu Sanktionen im

«Was jetzt in der Ukraine geschieht, ist eine Tragödie. Krieg ist immer eine Niederlage für die Menschen. Aber es ist auch das Ergebnis einer hochmütigen, dialogunfähigen oder vielleicht auch dialogunwilligen Politik des Westens gegenüber der Russischen Föderation. [...] Der Krieg Russlands in der Ukraine begann am 24. Februar 2022. Aber wann begann der Vor-Krieg?»

Wirtschafts-, Energie- und Finanzbereich, es sind Diplomaten und Politiker und es ist die Förderung bestimmter Gruppierungen in der Bevölkerung des jeweils anderen Staates – der österreichische Offizier spricht von «Volksgehalt» –, die auf unterschiedliche Weise – bis hin zur Bewaffnung – gefördert werden, um Unruhe im gegnerischen Land zu schüren. Wir haben das in vielen Krisen und Kriegen der letzten Jahre gesehen. In Jugoslawien, Afghanistan, im Irak, im Libanon, im Jemen, in Ägypten und Syrien – um nur einige zu nennen.

Wir sehen das aktuell an dem Konflikt um die Ukraine, der nun eine militärische Wendung genommen hat. Aus westlicher Sicht wird der russische Präsident Putin für die Eskalation verantwortlich gemacht, der Gesprächsangebote der USA, der EU und der Nato ausgeschlagen habe. Doch die russische Perspektive, die lange Vorgeschichte, die mit der Auflösung der Sowjetunion und den damals gemachten Zusagen der Nato, sich nicht weiter nach Osten auszudehnen, begann, der Krieg gegen Jugoslawien und die Zerschlagung des Landes, die Ausweitung der Nato, der Vorschlag Russlands für Sicherheitsgarantien und eine Neutralität der Ukraine, diese lange Vorgeschichte kommt in den meisten Medien nicht vor.

Am 21. Februar trug beispielsweise der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen Vassily Nebenzya im UN-Sicherheitsrat eine gute Übersicht über die politische und historische Entwicklung in der Ukraine seit 2014 vor und appellierte an die anderen Sicherheitsratsmitglieder, vernünftig und nicht emotional an einer Lösung der Krise um die Ukraine zu arbeiten.

Doch haben deutschsprachige Medien über diese Rede berichtet und Auszüge daraus veröffentlicht? Wurden Politiker oder Regierungsvertreter dazu befragt? Ich habe die Rede gelesen, weil ich gezielt im Internet auf der Webseite der UN-Vertretung der Russischen Föderation nach der russischen Stellungnahme gesucht habe. Doch in den allgemeinen, in Deutschland auch öffentlich-rechtlichen Medien war in Wort und Bild wieder und wieder die Rede des US-amerikanischen Außenministers Blinken an diesem Tag im UN-Sicherheitsrat zu hören.

Was jetzt in der Ukraine geschieht, ist eine Tragödie. Krieg ist immer eine Niederlage für die Menschen. Aber es ist auch das Ergebnis einer hochmütigen, dialogunfähigen oder vielleicht auch dialogunwilligen Politik des Westens gegenüber der Russischen Föderation.

Die Schriftstellerin Christa Wolf schrieb in ihrem Buch «Kassandra»:

Wann der Krieg beginnt, kann man wissen,
aber wann beginnt der Vor-Krieg?
Falls es da Regeln gäbe, müsste man sie
weetersagen.
In Ton, in Stein eingraben, sie überliefern.
Was stünde da. Da stünde unter anderen
Sätzen:
Lasst euch nicht von den Eigenen täuschen.

Der Krieg Russlands in der Ukraine begann am 24. Februar 2022. Aber wann begann der Vor-Krieg?

Übrigens widmet Kurt Wyss dem Eingreifen Russlands in Syrien ein Kapitel in seinem Buch, in dem er ausführlich auf die Vorgeschichte eingeht: «Die Demütigung Russlands durch den Westen» ist ein Kapitel überschrieben. Und er kommt zu dem Schluss, dass das Eingreifen Russlands in Syrien einerseits zu einer Kriegswende führte, andererseits aber auch zu einer «antirussischen Hysterie des Westens».

Die Vorgeschichte zu einem Krieg wird von vielen Akteuren bestimmt und darf – will man wirklich einen Konflikt lösen und einen Krieg vermeiden – nie ausgeblendet oder «geframed» werden, wie es heute in der Mediensprache heisst. «Framen» ist der Versuch, durch bestimmte Formulierungen und Perspektiven die Wahrnehmung von Informationen in bestimmter Weise zu beeinflussen, damit sie so und nicht aus einer anderen Perspektive beim Adressaten erinnert werden. Die Vorgeschichte zu einem Krieg darf auch nie in ein bestimmtes «Narrativ» eingesperrt werden, was besonders in Kriegs- und Krisensituationen einer Propaganda gleicht. Die Vorgeschichte zu einem Konflikt oder Krieg nur aus einer Perspektive darzustellen und andere Perspektiven auszublenden oder diese zu deformieren, ist unhistorisch und führt zu «fake news», zu falschen und interessensgeleiteten Nachrichten.

Afghanistan und seine Nachbarn

Als ich im September vergangenen Jahres 2021 das Vorwort zu dem nun vorliegenden Buch von Kurt O. Wyss verfasste, erlebte die Welt den Abzug der westlichen und Nato-Truppen aus Afghanistan. Fast Hals über Kopf zogen sie ab, gefolgt von den afghanischen Ortskräften, die 20 Jahre für sie gearbeitet hatten. Dafür waren sie gut entlohnt worden. Aus ihnen war eine Art Elite geworden.

Anders als die Mehrheit der Afghanen, die in ländlichen Gebieten in ärmlichen Hütten lebte, konnten die Familien der Ortskräfte in Häusern wohnen, hatten Wasser und Strom. Sie hatten ein Auto, Mobiltelefone, medizinische Versorgung. Ihre Kinder konnten zur Schule gehen und vielleicht sogar im Ausland studieren.

Die einen Afghanen arbeiteten für die ausländischen Truppen in der Hoffnung, ihr Heimatland zu erneuern. Die anderen in der Hoffnung, eines Tages ihr Heimatland verlassen zu können, um sich im Land ihrer Arbeitgeber – USA, Australien, Kanada oder Deutschland – ein neues Leben aufbauen zu können.

Mit dem Abzug der ausländischen Truppen war das vorbei. Die Ausländer nahmen nur ihre eigenen Leute mit: Diplomaten, Botschaftsangestellte, Mitarbeiter von Hilfsorganisationen. Wer nicht dazu gehörte, blieb zurück.

Wie kann man die schrecklichen Bilder vergessen, von Menschen, die sich an das Fahrgestell eines startenden Flugzeugs klam-

merten! Wie konnte es sein, dass der Pilot nicht die Fahrt verlangsamte und stoppte, um den Menschen das Leben zu retten? Es gibt Handyaufnahmen von Bündeln, die von einem startenden Flugzeug herunterfielen. Berichten zufolge waren es Menschen.

Zweifelsohne war der Abzug der westlichen Truppen nach 20 Jahren das Eingeständnis des Scheiterns. Man zog ab nach dem Motto «Après moi le déluge – Nach mir die Sintflut». Zurück blieb ein destabilisiertes Land, eine verarmte, ziellose Gesellschaft. In Afghanistan, im Irak, in Libyen, Syrien – überall das gleiche Bild.

Nun mussten die Nachbarländer Afghanistans die Folgen schultern: Flüchtlinge mussten untergebracht werden, wirtschaftliche Hilfe musste organisiert werden, die Bevölkerung musste versorgt werden, und man stand vor der Frage, wie man einer möglichen Ausbreitung dschihadistischen Gedankenguts begegnen könne. Und was geschah?

Die Nachbarn Afghanistans, die Russische Föderation, die zentralasiatischen Staaten, China und der Iran kamen zusammen und redeten miteinander. Man traf sich mit den Taliban und machte ihnen Angebote. Man schloss sich in der Shanghai-Organisation für Kooperation (SCO) enger zusammen. Man koordinierte sich im Bereich von Militär und Sicherheit, man stärkte die wirtschaftliche Kooperation im neuen Seidenstrassenprojekt. Und man wandte sich an die Uno und forderte vom Westen Unterstützung für Afghanistan.

Das Wichtigste war, dass miteinander gesprochen und ein Dialog geführt wurde. Denn wenn man miteinander spricht, gibt es Begegnung. Man hört die Bedenken und Interessen des anderen und spricht auch über sich und das eigene Land. Ziel dieser Gespräche war und ist es, die Destabilisierung Afghanistans zu vermeiden und Land und Bevölkerung zu stärken. Man sucht Wege der Verständigung oder zumindest Ansätze einer Verständigung und bleibt im Gespräch. Um Krieg zu vermeiden.

Und der Westen?

Der Dialog mit dem Westen bleibt vage. Warum? Weil die USA und der Westen die Themen bestimmen wollen? Weil sie Bedingungen stellen, die den Interessen der anderen zuwiderlaufen? Weil sie sich nicht festlegen wollen? Weil sie vielleicht reden, um Zeit zu gewinnen – übrigens bei Verhandlungen eine häufige Taktik?

Aber was bringen Verhandlungen dann überhaupt, wenn es nur um die eigenen Interessen geht und nicht auch um die Interessen der anderen Seite?

Was bringt ein Dialog oder «Friedensprozess» wie im Nahen Osten, wo sich Israel seit 1948 – seit seiner Gründung vor mehr als 70 Jahren – weigert, die Interessen und vor allem die Rechte der anderen, der Palästinenser anzuerkennen? Wo Libanon als «Kampfbereich» gesehen wird? Was bringen die Genfer Syrien-Gespräche, wenn Syrien mit westlichen Sanktionen ausgehungert und seiner Ressourcen beraubt wird?

Ist Dialog überhaupt möglich, wenn einer, der direkt oder indirekt mit am Tisch sitzt, für sich beansprucht, den Ton anzugeben? Die US-Administration sieht sich bis heute als «unverzichtbare» geradezu «auserwählte» Nation mit Führungsaufgabe. Um Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand in alle Welt zu bringen? Wie in Afghanistan? Oder in den Irak?

* Vortrag am 25. Februar 2022 bei der Vorstellung des Buches von Kurt O. Wyss, «Die gewaltsame amerikanisch-israelische «Neuordnung» des Vorderen Orients», in Burgdorf bei Bern.

Nichts Neues unter der Sonne – der Schweizer Neutralitätsdiskurs bezüglich des Zweiten Weltkrieges

von Tobias Salander

Alois Ricklin definiert im *Historischen Lexikon der Schweiz* Neutralität wie folgt: «Neutralität bedeutet Nichtbeteiligung eines Staats an einem Krieg anderer Staaten. Was Nichtbeteiligung nach Völkerrecht konkret beinhaltet, unterliegt dem Wandel der Zeiten. Vom Neutralitätsrecht ist die Neutralitätspolitik zu unterscheiden. Sie umfasst alle Massnahmen, die ein neutraler Staat im Krieg oder ein dauernd neutraler Staat bereits im Frieden über seine neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen hinaus nach freiem Ermessen trifft, um die Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit seiner Neutralität zu sichern.»¹

Ricklin betont, dass die Schweiz die Neutralität nicht erfunden habe. «Bereits im Alten Testament, in der griechischen und römischen Antike, im Mittelalter und in der frühen Neuzeit finden sich Beispiele für Neutralität.» Und hebt dann hervor: «Aber die Schweiz praktizierte sie weltweit am längsten und trug zur rechtlichen Ausgestaltung der Neutralität im Landkrieg am meisten bei.» Und weiter: «Abgesehen von der Zeit zwischen 1798 und 1815 lässt sich die schweizerische Neutralität im Rückblick als Erfolgsgeschichte beschreiben. Die Neutralität als Handlungsmaxime der Aussenpolitik half mit, die Existenz der Eidgenossenschaft zu sichern und das Land aus Kriegen herauszuhalten. Deshalb wurde sie im Bewusstsein vieler Schweizer zu einem nationalen Identitätsmerkmal.» Schon immer hätten die anderen Länder die schweizerische Neutralität unterschiedlich wahrgenommen: «Begrüssten die einen sie als Friedensbeitrag, beargwöhnten andere sie als Heuchelei, Feigheit, Schwarzfahrei oder Profitsucht. Aus Schweizer Sicht stand sie eher für kluge Interessenwahrung und für eine legitime Politik des Kleinstaats gegenüber den Grossmächten.» Im 19. Jahrhundert wurde die Idee der Neutralität dann durch die Idee einer humanitären Mission der Schweiz erweitert.

Heute, wo der Druck auf die Schweizer Neutralität wieder einmal immens ist, lohnt es sich, einen Blick auf die schwierigste Zeit der Geschichte der Neutralität, den Zwei-

ten Weltkrieg, zu werfen. Und dies nicht aus Schweizer, sondern aus unverdächtigter, US-amerikanischer Perspektive.

Auch damals und in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde die Debatte geführt, ob man angesichts des Krieges die Neutralität nicht aufgeben sollte. Dass die USA selbst bis Pearl Harbour neutral blieben, ja, die grossen US-Konzerne wie *IBM*, *General Motors*, *Ford* und *Standard Oil* mit den Nazis «business as usual» betrieben, ja, zum Teil durch den ganzen Krieg hindurch (!), hat nicht zuletzt der US-Historiker mit jüdischem Hintergrund, deswegen um so engagierter forschend, *Herbert M. Reginbogin* herausgearbeitet. *Zeit-Fragen* berichtete bei den letzten Angriffen gegen die Schweiz aus Übersee ausführlich darüber.²

Angelo Codevilla war Professor für internationale Beziehungen an der Boston University, Offizier der US-Marine, Mitarbeiter des US-amerikanischen auswärtigen Dienstes, Stabsmitglied der Senatskommission für die Geheimdienste und Senior Research Fellow am *Hoover-Institut* der Stanford University – mithin ein Wissenschaftler mit Innensicht der US-Geheimdienste. Professor Codevilla zeigt in einer seiner Studien auf, in welcher Situation sich die Schweiz im Zweiten Weltkrieg befand. Und wer sich dazu die heutige Situation der Schweiz, umgeben von EU- und Nato-Mitgliedern, welche Russland zum neuen Todfeind erklärt haben, vor Augen hält, wird sehen, dass – je nach Ver-

schärfung der Angriffe gegen die Schweiz – eine nicht ganz unähnliche Situation eintreten könnte. Das Geschick eines Kleinstaaates, der unabhängig bleiben will, ändert sich über Jahrzehnte, ja, gar Jahrhunderte kaum, bleibt doch die Topographie und die geostrategische Lage dieselbe, wenn auch die Begehrlichkeiten wechseln können. War es einst der Alpenübergang, der die Gier der Grossmächte anstachelte, mögen es heute das Wasser im Wasserschloss Gotthardmassiv, die kerngesunden Gemeindefinanzen, die schöne Landschaft usw. usw. sein. Aber und vor allem auch das Modell eines Gemeinwesens, welches, von unten nach oben aufgebaut, in direktdemokratischer Weise die Menschenwürde wahrte wie nirgends sonst, mag manchen Grossgebilden ein Dorn im Auge sein – ihre Bürger könnten ja auf den Gedanken kommen, sich diese Rechte selber auch zu holen: eine Wohltat und Hoffnung für den Weltfrieden!

Nun also Codevilla zur immerwährenden Situation der Schweiz auf Grund ihrer geopolitischen Lage: «Die Geschichte zeigt, dass Neutrale durch beide Kriegführenden unter Druck gesetzt werden, im Zweiten Weltkrieg befand sich die Schweiz in der Mitte zweier konzentrischer Blockaden. Die äussere, durch die Alliierten errichtete Blockade schränkte den Welthandel von und nach der Schweiz aus dem verständlichen Grund ein, dass die Deutschen die Schweizer zur Teilhabe an ihrem Handel zwingen wollten. Die

Churchill über die Schweizer Neutralität im Zweiten Weltkrieg

«Ich wünsche ein für allemal festzuhalten: Unter allen Neutralen hat die Schweiz den grössten Anspruch auf Auszeichnung. Sie war die einzige internationale Kraft, welche die grässlich zerstrittenen Nationen noch mit uns verband. Was bedeutet es schon, dass es ihr nicht möglich war, uns die wirtschaftlichen Leistungen zu erbringen, die wir wünschten, oder dass sie den Deutschen zu viel gegeben hat, um sich selber am Leben zu

erhalten? Sie war ein demokratischer Staat, der in seinen Bergen für Freiheit in Selbstverteidigung stand, und in Gedanken, ungeachtet ihrer Herkunft, grösstenteils auf unserer Seite stand.»

Winston Churchill, zitiert bei Angelo M. Codevilla. Eidgenossenschaft in Bedrängnis. Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg und moralischer Druck heute. Novalis Verlag Schaffhausen 2001. ISBN 3-907160-81-9, S. 31

Ohne Neutralität kein IKRK

«Die Stellung der Schweiz in der Welt ist gekennzeichnet durch die immerwährende bewaffnete Neutralität. Sie ist weder von aussen auferlegt noch ein blosses Mittel zur Selbstbehauptung. Sie ist ein Wesensausdruck der Schweiz als Rechtsstaat, der notwendig den Verzicht auf Machtpolitik enthält. Die seit 500 Jahren gehandhabte Neutralität legitimiert die Schweiz auch dazu, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz zu beherbergen, dem nur Schweizer angehören und das einen internationalen Ruf besitzt wie wohl keine andere Institution der Welt.»

Wolfgang von Wartburg in der «Aargauer Zeitung» vom 5.2.1997

innere, durch die Deutschen errichtete Blockade schränkte den schweizerischen Export in die alliierten Länder aus dem ebenfalls verständlichen Grund ein, dass schweizerische Produkte den Alliierten helfen könnten. Zur Erhöhung des Druckes drosselte Deutschland auch den schweizerischen Import von Brennstoffen und Nahrungsmitteln. Diese beiden Blockaden hatten zur Folge, dass sich die Schweiz für jedes Pfund Handelsware, das über die Grenze des Landes gelangte, sowohl mit den Achsenmächten als auch mit den Alliierten durch Abkommen einigen musste. Dies bedeutete sogar, dass die Achsenmächte und die Alliierten unter Einschaltung von schweizerischen Vermittlern miteinander verhandeln mussten. Jede der beiden Parteien wusste, welchen Druck die andere Partei auf die Schweiz ausübte.»³ •

¹ <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016572/2010-11-09/>

² vgl. Hofer, Walther; Reginbogin, Herbert R. *Hitler, der Westen und die Schweiz. 1936–1945*. Zürich 2001, Verlag NZZ, ISBN 3-85823-882-1

³ Codevilla, Angelo M. *Eidgenossenschaft in Bedrängnis. Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg und moralischer Druck heute*. Novalis Verlag Schaffhausen 2001. ISBN 3-907160-81-9, S. 40

«Über die Aufgabe der Medien ...»

Fortsetzung von Seite 1

Wohin hat dieser Missionsgedanke der USA nach dem 11. September 2001 geführt? Anstatt nachzudenken und das Gespräch zu suchen, wurde ein «Krieg gegen den Terror» ausgerufen. Dutzende Staaten wurden durch diesen Krieg destabilisiert, Lebensgrundlagen und Umwelt zerstört und die Zahl der Menschen, die durch die so ausgelösten Krisen und Kriege weltweit ihre Heimat verloren, in die Höhe getrieben.

2001 registrierte der UNHCR rund 12 Millionen Flüchtlinge weltweit.

2021 waren es 84 Millionen.

Diese Entwicklung muss verantwortlichen Politikern Grund genug sein, um die Richtung zu wechseln und statt Konfrontation die Kooperation zu suchen. Aber das Gegenteil ist der Fall, auch jetzt wieder, in der Ukraine. Politiker brauchen einen neuen Kompass, um ihren Weg neu auszurichten. Sie müssen mit denen, die sie als Gegner betrachten, so lange reden, wie es dauert. Sie müssen lernen, einen Dialog zu führen, nicht Krieg.

Auch die Medien brauchen einen Kompass. Wenn sie nicht zurückfinden zu ihrem eigentlichen Auftrag der Berichterstattung und der Reportage, um aufzuklären und andere Realitäten zu verstehen, wird es in Zukunft nur noch Werbung und Propaganda geben, eine einseitigen Interessen ausgegerichtete strategische Kommunikation. Dann werden Medien keine Reporter und Journalisten mehr brauchen, sondern PR-Manager.

Die Begegnung mit dem anderen

Auf der Suche nach einem Kompass für meine journalistische Arbeit gehe ich in Beirut immer in zwei Buchhandlungen, wo ich schon viele wichtige Bücher gefunden habe und gute Gespräche führen konnte. «The Other», der oder die andere ist der Titel eines schmalen Bändchens, das ich vor einigen

Jahren in einer dieser Buchhandlungen fand. Es ist eine Sammlung von Vorlesungen und Reden von *Ryszard Kapuscinski*, einem Meister der Reportage.

Der aus Polen stammende Kapuscinski setzt sich darin mit einer Frage auseinander, die ihn sein ganzes Reporterleben lang begleitet hat, das ihn auf alle Kontinente, in Krisen und Kriege führte. Nicht die Grenzen oder Frontlinien hätten ihn beschäftigt, nicht die praktischen Schwierigkeiten und Gefahren, schreibt er. Vielmehr habe er sich immer gefragt, welcher Art, welcher Qualität seine Begegnung mit den anderen, mit anderen Leuten sein würde und wie diese Begegnung verlaufen werde? Vieles, manchmal alles würde davon abhängen, schreibt Kapuscinski und fragt sich: «Wie wird es sein? Wie wird es verlaufen? Was wird die Schlussfolgerung sein?»

Anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde einer Universität in Krakau (am 1. Oktober 2004) an ihn verfasste Kapuscinski eine Rede mit dem Titel «Die Begegnung mit dem anderen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts». Er habe beobachtet, dass es immer «drei Möglichkeiten» gegeben habe, «wenn Menschen einem anderen begegnet sind», heisst es da. «Er kann den Krieg wählen, er kann sich hinter einer Mauer verschanzen oder er kann ein Gespräch, einen Dialog beginnen.»

Krieg zu rechtfertigen sei nicht einfach, weil «es eine Niederlage für die Menschen ist». Die Idee, Mauern zu bauen und sich von anderen zu isolieren, nenne man heute «Apartheid». Alle, die nicht zur eigenen Rasse, Religion und Kultur gehörten, wolle man sich vom Leibe halten. Alle, die nicht zum eigenen Stamm, zur eigenen Gesellschaft gehörten – alle anderen – seien Untermenschen oder gar keine Menschen, so Kapuscinski.

Die Menschen hätten zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Entscheidungen getroffen. Sie hätten Kriege gegen den anderen

geführt, Mauern gebaut, um sich vom anderen abzuschotten, und auch mit dem anderen geredet.

Bisher sei das «Konzept des anderen» von den Weissen, von den Europäern und Kolonialherren definiert worden. Das sei im 21. Jahrhundert vorbei, weil die von den Weissen als «andere» Definierten heute selbstbewusst und eigenständig seien. Und – möchte ich hinzufügen – weil diese «anderen» heute auch mitten unter den «Weissen» leben.

Im 21. Jahrhundert ist die Begegnung mit dem anderen, das Gespräch die Herausforderung. Denn jeder ist für den anderen «der an-

dere», und jeder muss sich überlegen, wie er dem oder den oder der «anderen» begegnen will.

Kurt Wyss hat diese Frage für sich eindeutig beantwortet. Er hat nicht den Krieg gewählt, er hat Kriegs- und Destabilisierungspläne aufgedeckt. Er hat keine Mauern gebaut, sondern Mauern des Schweigens durchbrochen. Er hat offen gesprochen, auch widersprochen, auch wenn es unbequem gewesen sein mag. Er hat nach Lösungen gesucht, er hat den Dialog gesucht, sonst hätte er nicht dieses Buch geschrieben.

Und dafür sei ihm gedankt. •

Vermächtnis des Schweizer Botschafters Kurt O. Wyss

32 Jahre war der promovierte Anglist und Historiker, *Kurt O. Wyss* (1939–2019), als Diplomat im Dienste der schweizerischen Eidgenossenschaft tätig, davon 17 Jahre als Botschafter, unter anderem in Jordanien, Syrien und der Türkei. Nach seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst fand er vermehrt Zeit, seinem Interesse an Geschichte, an Hintergründen und Zusammenhängen nachzugehen, und Zeit zu schreiben. Leider konnte er sein letztes Buch, das ihm ein grosses Anliegen war, nicht mehr ganz vollenden – es ist aber sicher in seinem Sinne, dass es nun posthum erscheinen konnte. Die bekannte deutsche Nahost-Expertin *Karin Leukefeld* dazu: «In dem vorliegenden Buch schreibt ein langjähriger Kenner der Region und der westlichen Politik über die Ursachen, warum die Länder zwischen dem östlichen Mittelmeer und dem Persischen Golf heute Kriegs- und Krisengebiete sind. Kurt O. Wyss war in seiner 32jährigen Laufbahn als Diplomat, davon 17 Jahre als Botschafter, für die Schweiz unter anderem in Jordanien, Syrien und der Türkei stationiert. Er erläutert die historischen und politischen Tat-

sachen und beschreibt das komplizierte Gefüge von Interessen und Machtzentren. Wyss nennt schonungslos Ross und Reiter, und so ist ein umfangreicher Bericht entstanden, der zur Ausbildung eines jeden Diplomaten gehören sollte.»



ISBN 978-3-033-09019-4

Ukraine-Sanktionen: Bundesrat unter massivem Druck von innen und aussen

Neutralitätspolitik ist kein Auswahlmenu!

von Dr. jur. Marianne Wüthrich

Wir Schweizer täten gut daran, auch in der heutigen Grosswetterlage bei den bewährten Pfeilern unseres Staatsmodells zu bleiben. Einer davon ist die immerwährende bewaffnete Neutralität, deren grosse Bedeutung uns *Tobias Salander* im historischen Zusammenhang aufzeichnet (siehe S. 2 dieser Zeitung). Obwohl sie bis heute im Volk tief verankert ist, erweist sich die Mehrheit des Bundesrates und des Parlaments derzeit leider nicht als sturmfest. Um nicht ins Wanken zu kommen, bräuchte es aber auch einiges an Standfestigkeit.

Mainstream-Journalisten geben den Takt vor

22. Februar, *Tagesschau SRF*: Die Schweiz verurteile Russlands Vorgehen, aber sie «ergreife vorerst keine Sanktionen», so Staatssekretärin *Livia Leu*.

25. Februar, Medienkonferenz im Bundeshaus: Bundespräsident *Ignazio Cassis* tritt sichtlich angespannt vor die Medien und erklärt, der Bundesrat verschärfe zwar «einzelne Massnahmen» gegenüber Russland, aber er wolle dennoch nicht alle Sanktionen der EU telquel übernehmen, weil er sich die Möglichkeit des Dialogs offenhalten wolle.¹ In *SRF News* erklärt der Bundespräsident gleichentags seine Haltung: «Die Schweiz hat Sanktionen nie automatisch übernommen, sonst würde sie ihrer Neutralität nicht treu bleiben.» Und weiter: «Es ist enorm wichtig, dass unser Land als neutrales und eigenständiges Land noch die Chance hat, einen Dialog anzubieten.»² Was soll daran falsch sein?

An der Medienkonferenz mit den Amtschefs und Diplomaten des EDA geben derweil die Journalisten den Takt vor. Übernimmt nun die Schweiz die Sanktionen der EU vollumfänglich oder inwiefern nicht? Schliesslich behauptet einer, «bei der russischen Invasion handle es sich um den krasssten Verstoß gegen das Völkerrecht seit Jahrzehnten» (mir fallen noch einige krassere ein!) und will wissen, «warum die Schweiz die Sanktionen der USA und der EU angesichts dieser Tatsache nicht 1:1 übernehme». Staatssekretärin *Livia Leu* stellt sich als einzige mutig hin und ant-

14. März im Ständerat

Noch einmal: Die neutrale Schweiz hat im Uno-Sicherheitsrat nichts zu suchen

mw. Im Ständerat ist am 14. März ein letzter Vorstoss traktandiert, um eine Kandidatur der Schweiz für einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat in den Jahren 2023/24 zu verhindern.

Gemäss Kapitel VII der Uno-Charta stellt der Sicherheitsrat fest, «ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt» (Art. 39). Er kann nach Art. 41 «die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen» gegen ein Land ergreifen. Als ultima ratio ist der Sicherheitsrat dazu befugt, militärische Massnahmen gemäss Art. 42 anzuordnen.

Ganz besonders heute sollte es jeder Schweizerin und jedem Schweizer einleuchten, dass unser Land, als Sitz des IKRK und als Depositarstaat der Genfer Konventionen, in der Welt völlig andere Aufgaben zu erfüllen hat, als über andere Staaten zu richten und sie mit wirtschaftlichen oder gar militärischen Mitteln zu sanktionieren. Oder soll die Schweiz etwa auf dem unrühmlichen Weg weiterschreiten, den sie mit der kürzlichen 1:1-Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland betreten hat? Welches Land, welches Volk würde sich dann noch an die Schweiz wenden, um einen neutralen, sicheren Ort oder einen vertrauenswürdigen Vermittler für schwierige Verhandlungen zu finden?

Wer diese Frage sorgfältig abwägt, kann nur zum Schluss kommen: Der Uno-Sicherheitsrat ist kein Ort für die neutrale Schweiz.

wortet: «Wir sind ein neutrales Land, wie Sie wissen. Die Schweiz erbringt traditionell ihre Guten Dienste und kann diese Rolle schlecht erfüllen, wenn man sich zu nahe an die Positionen einzelner Seiten begibt. Ein Konflikt wird am Ende nie militärisch gelöst, sondern immer im Dialog.» Aber die Journaille hat den emotionalen Teppich gelegt.

Ungebührliche Einmischung aus Brüssel und Washington

Gleichen Tags (25. Februar) ist in den Medien zu lesen (Beispiel «Tages-Anzeiger»): «Sanktionen gegen Russland. EU und USA machen Druck auf die Schweiz. – Es wird ungemütlich für den Bundesrat: Die EU und die USA stellen klar, dass sie die Milde gegenüber Russland nicht gutheissen. Auch in der Schweiz fordern viele einen Kurswechsel.»

Seit wann wird im Ausland bestimmt, welche Politik die freie und souveräne Schweiz betreiben soll? Ein Quentchen mehr Eigenständigkeit und Würde stünde auch unserer Presse gut an.

Staatspolitische Kommission des Nationalrates doppelt nach

Ebenfalls am 25. Februar meldet sich die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N) zu Wort. (Zuständig wäre eigentlich die Aussenpolitische Kommission, aber die hat seit neuestem mit *Franz Grüter* einen standfesten Präsidenten). Mit 16 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen «verurteilt [sie] den Angriffskrieg gegen die Ukraine aufs schärfste und beantragt ihrem Rat, eine Erklärung zu verabschieden, in der unter anderem ein sofortiger Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien gefordert wird». Weiter fordert sie den Bundesrat auf, «dafür zu sorgen, dass sich die Schweiz den Sanktionen der Europäischen

Union gegen Russland anschliesst». Die Kommissionsminderheit dagegen «spricht sich für strikte Neutralität aus und beantragt, auf eine Erklärung des Nationalrates zu verzichten» – aber da gibt es kein Durchdringen.³

Der Antrag wird am 1. Sessionstag (28. Februar) im Nationalrat «spontan» traktandiert und mit 147 Ja zu 41 Nein und 8 Enthaltungen angenommen. Vergeblich stellte *Lukas Reimann* folgenden Antrag: «Rückweisung des Geschäftes an die Kommission mit dem Auftrag, einen Entwurf vorzulegen, der es der Schweiz ermöglicht, eigenständig und unabhängig von den Entscheidungen der EU über Sanktionen zu entscheiden.» Der Antrag wurde mit 140 gegen 54 Stimmen abgelehnt. (siehe Kasten «Erklärung der SPK-N vom 25. Februar 2022 steht im Widerspruch zum Neutralitätsgebot»)

Bundesrat ringt um einen Beschluss

Der Schweizer Bundesrat ist eine Kollegialbehörde. Die sieben Mitglieder diskutieren anstehende Fragen intern und treten dann mit dem Resultat ihrer Diskussion – oft einem Kompromiss – an die Öffentlichkeit. Es kommt aber immer wieder einmal vor, dass einzelne Bundesräte ihre eigene Meinung kundtun. Aktuell taten dies Bundesrätin *Karin Keller-Sutter* und Bundesrat *Ueli Maurer*.

Karin Keller-Sutter am 27. Februar in Brüssel (wo sie an der Konferenz der Justiz- und Innenminister der EU teilnahm und die Unterstützung der Schweiz bei der humanitären Hilfe sowie der Aufnahme von Flüchtlingen zusagte): «Ich kann Ihnen sagen, dass ich persönlich die Verschärfung der Massnahmen gegenüber Russland unterstütze. Aber ich kann

Fortsetzung auf Seite 4

LESER  BRIEFE

Grosse Verantwortung der neutralen Schweiz

In der Samstagrundschau vom 26. Februar 2022 hat Nationalrat *Franz Grüter* die Zusammenhänge der schweizerischen Neutralität bezüglich der Tragödie in der Ukraine erklärt. Es gibt noch einen weiteren wichtigen Aspekt: Unser Land trägt eine grosse Verantwortung gegenüber dem IKRK, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und somit gegenüber all den Menschen, welche auf die Hilfe des IKRK angewiesen sind.

Die seit 1815 völkerrechtlich anerkannte schweizerische Neutralität ist das Fundament für das Wirken des IKRK.

Zudem muss diese Neutralität für alle Parteien glaubwürdig sein. Glaubwürdig kann sie wiederum nur sein, wenn sie auf einer ebenfalls glaubwürdigen Souveränität der Schweiz basiert.

Hanspeter Tschannen, Dozwil

Nato-Ost-Erweiterung doch ein gebrochenes Versprechen

Wer sich ein wenig mit den Verhandlungen über die deutsche Einheit befasst hat, weiss, dass der künftige Umfang der Nato damals ein relevantes Thema war.

Die deutsche Wiedervereinigung war nämlich die erste Ost-Erweiterung der Nato. Und schon gegen diese Form der Expansion hatte die russische Seite massive Bedenken. *Michail Gorbatschow* etwa verlangte eigentlich ein blockfreies Deutschland. Am Ende einigte man sich in den «Zwei-plus-vier»-Verhandlungen auf einen Kompromiss: Deutschland blieb Nato-Mitglied, aber zumindest für eine gewisse Zeit sollten keine westlichen Soldaten in der ehemaligen DDR präsent sein.

Kein weiteres Vorrücken gegen Osten, war unter den westlichen Eliten damals breiter Konsens – unabhängig davon, ob eine solche Garantie klar ausgesprochen oder schriftlich fixiert wurde. Das belegt nun ein Vermerk aus dem britischen Nationalarchiv, das der amerikanische Politikwissenschaftler *Joshua Shiffrinson* entdeckte. Es handelt von einem

Treffen der politischen Direktoren der Aussenministerien der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in Bonn am 6. März 1991.

Das Dokument belegt, dass Briten, Amerikaner, Deutsche und Franzosen darin übereinstimmten, dass eine Nato-Mitgliedschaft der Osteuropäer «inakzeptabel» sei. Der deutsche Vertreter *Jürgen Chrobog* erklärte dabei: «Wir haben in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine Nato-Mitgliedschaft anbieten.»

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Nato stark verändert: Es gibt eine neue Ausrichtung und viele neue Mitgliedsstaaten, von denen die meisten zuvor dem Warschauer Pakt angehörten. Russland sieht sich durch diese Veränderungen bedroht und behauptet, die Nato-Ost-Erweiterung würde Absprachen verletzen.

Werner Ritter, Schaffhausen

Erklärung der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates vom 25. Februar 2022 steht im Widerspruch zum Neutralitätsgebot

mw. Es ist äusserst ungewöhnlich, dass ein Kommissionsvorstoss innert drei Tagen beantragt, traktandiert und erledigt wird. Da keine Zeit war für die Diskussion unter den Bürgern, wie wir es gewohnt sind, verfasste ich am Sonntag (27. Februar) eine kurze Stellungnahme und schickte sie per Mail an die 200 Mitglieder des Nationalrates. Vor und nach der Debatte erhielt ich dreizehn Antworten – nicht alle waren mit mir einig, aber alle bedankten sich höflich, dankbar und zustimmend.

Text meines Mails:

«Die Erklärung Ihrer Staatspolitischen Kommission «verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der politischen und militärischen Führung Russlands gegen die Ukraine aufs schärfste».

Ich bitte Sie, diese Erklärung abzulehnen, weil sie dem Gebot der immerwährenden Neutralität der Schweiz widerspricht.

Selbstverständlich steht es jeder Schweizerin und jedem Schweizer frei, in jedem der zahlreichen Konflikte und schrecklichen Kriege dieser Welt persönlich Partei zu ergreifen und sich für die eine Seite tatkräftig einzusetzen. Viele von uns tun dies auch.

Die Schweiz als Sitz des IKRK und als Depositarstaat der Genfer Konventionen hat sich jedoch der Neutralität verpflichtet – einer Neutralität, die immer und gegenüber jedem anderen Staat gilt. Die einseitige Stellungnahme während eines bewaffneten Konfliktes und die quasi automatische Übernahme von Sanktionen anderer Staaten wären eklatante Verstösse gegen das Neutralitätsgebot. Aus demselben Grund ist auch von der Einsitznahme der Schweiz in den Uno-Sicherheitsrat abzuraten: Würde sie im aktuellen Fall Partei ergreifen? Oder sich der Stimme enthalten? Auch keine würdige Lösung.

Über 90 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer sprechen sich regelmässig für die Beibehaltung der Neutralität aus – aus gutem Grund. Es ist kein Zufall, dass sich der ukrainische Präsident *Selenski* gestern (26. Februar) an den Bundespräsidenten der neutralen Schweiz gewendet hat mit der Bitte, eine Friedenskonferenz zu organisieren, um einen Waffenstillstand zu erreichen. An der Sitzung des UN-Menschenrechtsra-

tes nächsten Montag/Dienstag in Genf wird eine erste Kontaktaufnahme möglich sein. Dort werden sowohl der amerikanische Aussenminister *Antony Blinken* als auch der russische Aussenminister *Sergej Lawrow* anwesend sein.

Wie Sie wissen, ermöglicht es der Neutralitätsstatus der Schweiz, solche guten Dienste anzubieten. Das sagt sich so leicht, bringt aber meist keine schnellen Erfolge, sondern braucht in der Praxis viel Geduld und kleine Schritte. Oft geht es nur darum, einen Sitzungsort auf neutralem Boden anzubieten. Für diese unspektakulären, aber allseits geschätzten Aktivitäten eignet sich der neutrale Kleinstaat besonders gut. Die Schweiz sollte nicht von diesem Weg abweichen.

Ich bitte Sie nochmals, von der einseitigen Erklärung, welche Ihre SPK vorschlägt, Abstand zu nehmen und dem Bundesrat bei seinen Bemühungen um einen eigenständigen Weg der neutralen Schweiz den Rücken zu stärken.

Für die kommende Session wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg.»

Einige Antworten:

- FDP-Nationalrätin: «Bonjour! Je vous remercie pour votre message qui a retenu toute mon attention.»
- SVP-Nationalrätin: «Besten Dank für Ihre Mail. Ich bin ganz Ihrer Meinung. Leider sind wir im NR unterlegen. Wahrscheinlich ist sich kaum ein Parlamentarier der Tragweite der Auswirkungen bewusst. Wir bleiben dran und kämpfen weiter.»
- SP-Nationalrätin: «Danke für Ihre Nachricht, welche ich mit Interesse gelesen habe, auch wenn ich wohl nicht 100% einig bin mit Ihnen. Ich schätze solche Überlegungen sehr. Ich wünsche Ihnen alles Gute!»
- SVP-Nationalrat: «Vielen Dank für Ihre Nachricht. Ich bin völlig mit Ihnen einverstanden, dass durch die Erklärung die Neutralität verletzt wird. Mein Kollege *Lukas Reimann* stellte einen Antrag, um zu versuchen, die Erklärung mit der Neutralitätspolitik in Einklang zu bringen. Der Antrag wurde abgelehnt, und deshalb habe ich mich gegen die Erklärung ausgesprochen und nein gestimmt.»

Beschleunigen die US-Finanzsanktionen den Untergang der Dollar-Herrschaft?

Amerikas grösster strategischer Fehler

von Kishore Mahbubani

Amerikaner wären schlecht beraten zu unterschätzen, wie stark das Vertrauen in Amerika geschwunden ist. Viele von Amerikas besten Freunden haben gemahnt, dies ernst zu nehmen. [...]

Keine Gesellschaft ist unbesiegbar. Jede Gesellschaft weist ihre eigenen Schwächen auf. Aus diesem Grund ist der Vertrauensverlust, den Amerika rund um die Welt erlitten hat, dermassen gefährlich und könnte den Bereich entblößen, an dem Amerika am verwundbarsten ist, ja, der Amerikas Achillesferse darstellt – der Dollar. Derzeit ist der US-Dollar durch ein komplexes globales Finanzsystem gut geschützt und sorgt auf diese Weise für ein Gefühl der Unverwundbarkeit. Und dennoch bleibt eine zentrale Verwundbarkeit. Amerika kann es sich mehr als andere Länder leisten, über seine Verhältnisse zu leben [...]. Die US-Regierung gibt im eigenen Land mehr aus, als sie einnimmt. Das führt zu einem Haushaltsdefizit. Und Amerika importiert mehr Güter, als es exportiert. Das führt zu einem Handelsdefizit. Wie bezahlt Amerika diese beiden Defizite? Es leiht sich Geld. Das ist nicht unnormal. So, wie viele Haushalte auch, leihen sich zahlreiche Regierungen Geld. Versiegen irgendwann ihre Kreditquellen, stehen sie vor einer Kreditklemme. [...]

Amerika unterscheidet sich von den anderen Ländern insofern, als es seine beiden Defizite finanzieren und für seine Mehrausgaben aufkommen kann, indem es Schatzwechsel druckt, sogenannte Treasuries. Das kostet das Finanzministerium nur die Druckkosten. Es verteilt bedrucktes Papier, und der Rest der Welt schickt echtes Geld, hart verdientes Bargeld, um Treasuries kaufen zu können. Ein Beispiel: Chinesische Arbeiter müssen hart arbeiten, um Billigwaren zu produzieren, die in den Rest der Welt exportiert werden. Diese Exporte bringen hart verdiente Dollars ein, die die chinesische Regierung in Yuan umwandelt, mit denen sie die Arbeiter bezahlt. Und was macht die chinesische Regierung mit diesen hart verdienten Dollars? Viele davon fliessen in den Kauf amerikanischer Schatzwechsel. Das US-Finanzministerium wiederum verwendet diese Dollars aus China dafür, Mehrausgaben des Staats zu bezahlen. Die grössten Käufer von US-Treasuries sind China (1113 Milliarden Dollar), Japan (1064 Milliarden Dollar), Brasilien (306,7 Milliarden Dollar), Grossbritannien (300,8 Milliarden Dollar) und Irland (269,7 Milliarden Dollar). Wenn die US-Regierung also nicht für die beiden Defizite aufkommen kann, drückt sie einfach Geld und bezahlt auf diese Weise diese Mehrausgaben. Und warum kauft der Rest der Welt dieses bedruckte Papier namens US-Dollar? Ein Hauptgrund ist der, dass der Grossteil des Welthandels in US-Dollar abgewickelt wird. Wenn China in Argentinien Rindfleisch kauft, bezahlt es mit US-Dollars. Wenn Argentinien chinesische Handys kauft, bezahlt es mit US-Dollars. Dadurch ist der US-Dollar für die Weltwirtschaft unverzichtbar und aus diesem Grund fungiert er als globale Leitwährung.

Viele US-Ökonomen sind sich der gewaltigen Vorteile bewusst, die sich für die Amerikaner eröffnen, weil der Dollar als globale

Leitwährung fungiert. Im Juni 2019 schrieb *Ruchir Sharma*: «Der Status als Leitwährung ist seit langem ein Vorzug imperialer Macht – und ein Elixier für die Wirtschaft. Weil dieser Status für einen steten Strom an Kunden sorgt, die die Währung halten möchten, oftmals in Form von Staatsanleihen, ist es dem auf diese Weise privilegierten Land möglich, billig im Ausland Geld aufzunehmen und einen Lebensstil zu finanzieren, der weit über seine Verhältnisse hinausgeht.» [...]

Sharma reagierte mit seinem Artikel auf Überlegungen von *Donald Trump* und *Elizabeth Warren*, Amerika solle mit einer Abwertung seiner Währung seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Er warnte, dass dies ein sehr gefährlicher Schritt sei, denn: «Amerika ist kein Schwellenland. Es ist eine finanzielle Supermacht ohne Konkurrenz, eine Position, die vor allem auf mühsam erarbeitetem Vertrauen in den Dollar beruht, der eine beständige Quelle amerikanischer Macht und amerikanischen Wohlstands darstellt.»

Der Schlüsselbegriff, mit dem Sharma hier arbeitet, ist «Vertrauen». Die Welt hat den US-Dollar gern als globale Leitwährung verwendet, weil sie darauf vertraute, dass die US-Regierung, wenn es um den Dollar ging, die richtigen Entscheidungen treffen und nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der 330 Millionen Amerikaner berücksichtigen würde, sondern auch die der restlichen 7,2 Milliarden Menschen, die ausserhalb der USA leben, den Dollar aber für ihre internationalen Transaktionen benötigen. Dieses Vertrauen ist ein zentraler Grund dafür, dass der US-Dollar seine Position als globale Leitwährung so beständig verteidigt.

In den vergangenen Jahrzehnten ist dieses Vertrauen geschwunden, denn Amerika hat das Privileg, Eigentümer der globalen Leitwährung zu sein, bisweilen als Waffe gegen andere Nationen eingesetzt. [...]

In den vergangenen Jahren wurden nicht-amerikanische Banken, die mit Ländern wie dem Iran, Kuba und dem Sudan Geschäfte gemacht hatten, sogar noch heftiger bestraft. *BNP Paribas* beispielsweise belegte man 2015 mit einem Bussgeld in Höhe von 8,9 Milliarden Dollar. Das hat dazu geführt, dass viele Länder, die in den US-Dollar vertraut hatten, die Währung nun als zweischneidiges Schwert betrachten, das jedem, der es führt, in die Finger schneidet. Das steigert natürlich den Anreiz, die Abhängigkeit vom US-Dollar zu verringern, was letztlich zu einem Einbruch bei der weltweiten Nachfrage nach dem US-Dollar führen kann. Das würde die Fähigkeit der Vereinigten Staaten lähmen, ihr Doppeldefizit zu finanzieren. [...]

Noch beunruhigender für Amerika sind die einflussreichen Stimmen, die dazu aufrufen, den US-Dollar nicht länger als globale Leitwährung zu verwenden. Beim Jahrestreffen der amerikanischen Zentralbanker im August 2019 in Jackson Hole warf *Mark Carney*, damaliger Gouverneur der *Bank of England*, einen kritischen Blick auf die dominante Rolle des US-Dollars im internationalen Währungssystem. In seiner Rede erklärte er: «Der Dollar stellt bei mindestens der Hälfte der internationalen

Handelsrechnungen (etwa fünfmal so gross wie der Anteil der USA an den globalen Importgütern und dreimal so gross wie der Anteil an den weltweiten Exporten) und bei zwei Dritteln der globalen Wertpapieremissionen und offiziellen Devisenreserven die bevorzugte Währung dar.» Carney betonte, dass die Abhängigkeit vom Dollar «nicht von Dauer sein wird» und dass unbedingt ein internationales Währungssystem erschaffen werden muss, das «der vielfältigen, multipolaren Weltwirtschaft würdig ist, die im Entstehen begriffen ist».

Der ehemalige Chefökonom des IWF *Maurice Obstfeld* merkte an, dass andere Länder mit Blick auf Amerikas Kontrolle über das globale Währungssystem früher «weniger besorgt» waren: «Damals wurden die USA als verantwortungsvoller Anführer der Weltwirtschaft angesehen.» Der Status quo sei allerdings im Wandel begriffen, weil das Handeln von Amerikas Führung deutlich weniger verlässlich geworden sei.

Sowohl Carney als auch Obstfeld äussern eine Meinung, die rund um den Globus mehr und mehr Zuspruch findet. Und dieses Gefühl ist absolut nachvollziehbar. Länder aus aller Welt sehen keinen Grund dafür, warum sich einseitige politische Massnahmen Amerikas, bei denen der Dollar als Waffe eingesetzt wird, auf ihren Handel mit Drittländern auswirken sollte. Auch hier könnte Amerika, indem es den Dollar als Waffe einsetzt, langfristig seinen eigenen Interessen schaden. Der Wirtschaftshistoriker *Barry Eichengreen* schlug einen ähnlichen Ton an, als er warnte: «Je mehr die Regierung Trump den Dollar als Waffe verwendet, desto grösser ist der Anreiz für andere Regierungen, in Alternativen zu investieren, und desto schneller wird diese Bewegung wachsen.» [...]

Mithilfe moderner Technologie lassen sich möglicherweise neue Alternativen erschaffen, die in der Vergangenheit nicht durchführbar waren. Ich möchte diesen Punkt durch ein – zugegebenermassen spekulatives – Beispiel verdeutlichen. Nehmen wir an, es geht um den Handel zwischen China und Argentinien. Die Hauptaufgabe des US-Dollars besteht hier darin, den relativen Wert von argentinischem Rindfleisch im Vergleich zu chinesischen Mobiltelefonen zu liefern. Wenn also der Zweck des US-Dollars bei diesem Beispiel vor allem darin besteht, den relativen Wert dieser beiden Güter in einen Zusammenhang zu setzen, spricht nichts dagegen, eine alternative Einheit zur Messung von relativem Wert zu erschaffen. Und an diesem Punkt kommt die Technologie zum Tragen, insbesondere die Blockchain-Technologie.

Blockchain wurde dafür genutzt, alternative Kryptowährungen wie Bitcoin, Litecoin, Ethereum und Monero zu erschaffen. Im Juni 2019 kündigte Facebook an, seine eigene Kryptowährung (Libra) ins Leben zu rufen. Ich bin kein Blockchain-Experte, aber die dramatische Zunahme der Beliebtheit von Kryptowährungen und die Tatsache, dass grosse Konzerne wie Facebook in die Entwicklung von Währungen auf Blockchain-Grundlage investieren, spricht dafür, dass am Ende ein vernünftiger, praktischer und nicht anfälliger Weg zur Mes-



ISBN- 978-3-864707-73-5

sung relativer Werte herauskommt. Bislang setzen noch keine Länder alternative Blockchain-Technologie für den Handel mit anderen Ländern ein, denn unter dem Strich vertrauen sie diesen Währungen nicht.

Und hier tun sich Möglichkeiten für China auf. Das Land könnte eine alternative, auf Blockchain-Technologie basierende Einheit zur Messung von relativem Wert ins Leben rufen. Länder, die China zutrauen, bei internationalen Themen als unparteiischer Schlichter agieren zu können, würden in ausreichender Menge ihr Vertrauen auch in dieses alternative Finanzvehikel setzen. Viele Amerikaner dürften Zweifel an einer derartigen Aussage anmelden, es gibt jedoch empirische Fakten, die dies belegen. Als China die «Belt & Road»-Initiative (BRI) ins Leben rief, war Amerika dagegen. Theoretisch hätten die meisten Länder also davor zurückscheuen sollen, sich an der BRI zu beteiligen. In der Praxis hingegen schlossen sich die meisten Länder an. Mit Stand November 2019 haben 137 Nationen mit China Vereinbarungen zur BRI getroffen. Das spricht ganz deutlich dafür, dass die meisten Länder auch einer neuen Blockchain-Währung vertrauen würden, wenn diese letztlich von China gestützt wird. [...]

Es muss nicht unbedingt dazu kommen, dass andere Länder ihre langfristigen Ersparnisse und Devisenreserven in dieser neuen Digitalwährung parken, die von China unterstützt wird. Sie würden ihr aber vertrauen, wenn es um den Handel mit Gütern und Dienstleistungen geht. Gelingt es China, eine alternative, auf Blockchain-Technologie basierende Währung zu erschaffen, könnte ein Land wie Indien, ein Freund Amerikas, für die Einfuhr iranischen Öls diese Blockchain-Technologie nutzen, ohne sich Sorgen wegen möglicher Sanktionierung durch Amerika machen zu müssen. Kurzum: Dass der Dollar zur Waffe gemacht wurde, hat global einen mächtigen Anreiz erschaffen, zum Zwecke des globalen Handels eine Alternativwährung zu erschaffen. •

⁵ Auszüge aus dem Buch von Mahbubani, Kishore. «Hat China schon gewonnen? Chinas Aufstieg zur neuen Supermacht». Börsenmedien 2021, Seite 70ff., ISBN 978-3-86470-773-5, Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

«Ukraine-Sanktionen: ...»

Fortsetzung von Seite 3

Ihnen nicht sagen, welche Entscheidung der Bundesrat morgen an seiner Sitzung treffen wird.» (Übersetzung aus dem Französischen)⁴

Ganz anders Bundesrat Ueli Maurer. Er setzte am 24. Februar in einem Interview ein Fragezeichen, «ob man jetzt mit Sanktionen den Konflikt noch verschärfen oder entschärfen» wolle: «Die Schweiz kann sicher als neutraler Kleinstaat – wann auch immer – zur Deeskalation beitragen, und das muss auch unser Ziel sein. Denn es geht nicht um Herrn Putin, sondern es geht um das russische Volk, es geht um das ukrainische Volk, es geht um Europa. Und irgendwie müssen wir versuchen, in Frieden zusammenzuleben, und schauen, dass die Wirtschaft läuft, dass die Leute ein Einkommen haben und sich sicher fühlen. Und da kann, da muss die Schweiz eine Rolle finden

in den nächsten Tagen, Monaten und Jahren, um das wieder zu normalisieren.»⁵

Leider setzte sich Maurers Sichtweise im Bundesrat nicht durch. Es genügt, den Titel der bundesrätlichen Medienmitteilung vom 28. Februar zu lesen: «Schweiz übernimmt EU-Sanktionen gegen Russland». Selbst eine ausländische Redaktion merkt den Widerspruch: «Neutral, aber gegen Putin» titelte gleichentags die «Frankfurter Allgemeine Zeitung». Dafür klopfen uns Frau von der Leyen und Herr Borrell auf die Schulter.

Lassen wir uns nicht von EU-Turbos und Transatlantikern in die Tasche stecken!

Wer glaubt, der Schweizer Anschluss an die Sanktionen der Grossmächte habe etwas mit Nächstenliebe oder Mitgefühl zu tun, der irrt sich. Vielmehr packen Spin-doctors die Menschen bei ihrem mitmenschlichen Empfinden und führen sie auf eine falsche Bahn. Wem

kann man es verdenken, dass er vom Schicksal der ukrainischen Bevölkerung berührt ist? Aber: Was ist mit den zahlreichen Opfern im Donbass, wo seit acht Jahren Menschen umgebracht und Häuser kaputtgeschossen werden? Wer gedenkt ihrer Not und leistet ihnen humanitäre Hilfe?

Die tatsächlichen Ziele der vermeintlich einzigen Supermacht sind an einem ganz anderen Ort. Was die Schweiz betrifft, könnte der derzeitige Ablauf auch ein Pilotversuch sein für den nächsten Anlauf zur EU-Anbindung. Wenn die Durchsetzung der EU-Sanktionen in Bern (trotz dem flagranten Bruch der Neutralität!) so gut funktioniert, könnte man den Dreh vielleicht auch bei der Übernahme von EU-Recht und -Richtersprüchen finden, indem man dem Schweizervolk den Verzicht auf die direkte Demokratie und den Föderalismus ebenfalls irgendwie verklickert? Hüten wir uns am Morgarten oder in

Bundesbern oder beim Konsumieren unserer Tageszeitungen und der Radio- und Fernsehnachrichten! •

¹ Der Schweizerische Bundesrat. Europapolitik mit Bundespräsident Ignazio Cassis, Vorsteher Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), vom 25.2.2022 (youtube)

² Vincenz, Gion-Duri. «EU-Politik und Ukraine-Krieg. Cassis: «Die Schweiz hat Sanktionen nie automatisch übernommen»». SRF News vom 25.2.2022

³ Antrag der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates vom 25. Februar 2022 gemäss Art. 32 des Geschäftsreglements des Nationalrates. Erklärungsentwurf (22.023)

⁴ Extraordinary Justice and Home Affairs Council, Brüssel, vom 27.2.2022. Doorstep (in German and in French) by Karin Keller-Sutter, Swiss Federal Councillor and Head of the Swiss Federal Department of Justice and Police

⁵ Gredig, Urs. Interview mit Ueli Maurer. In: Gredig direkt. Play SRF vom 24.2.2022

Ukraine-Krieg

Wie MIC, OGAM und FIRE-Sektoren die Nato erobert haben

von Michael Hudson*



Michael Hudson
(Bild zvg)

Die Frage, die man sich stellen muss, ist, was der heutige neue Kalte Krieg zu ändern oder zu «lösen» versucht. Um diese Frage zu beantworten, ist es hilfreich, sich zu fragen, wer den Krieg auslöst. Es gibt immer zwei Seiten – den Angreifer und den Angegriffenen. Der Angreifer

beabsichtigt bestimmte Folgen, und der Angegriffene sucht nach unbeabsichtigten Folgen, die er ausnutzen könnte. In diesem Fall gibt es auf beiden Seiten ein Duell der beabsichtigten Folgen und der besonderen Interessen.

Die aktive militärische Kraft und Aggression sind seit 1991 die Vereinigten Staaten. Da sie die gegenseitige Abrüstung der Warschauer-Pakt-Staaten und der Nato ablehnten, gab es keine «Friedensdividende». Statt dessen hat die von der Clinton-Regierung und den nachfolgenden Regierungen verfolgte US-Politik einer neuen militärischen Expansion durch die Nato eine 30jährige Dividende ausbezahlt: in Form einer Verlagerung der Aussenpolitik Westeuropas und anderer amerikanischer Verbündeter aus ihrer innenpolitischen Sphäre weg in ihren eigenen, auf die USA ausgerichteten «nationalen Sicherheits»-Blob (das Wort für Sonderinteressen, die nicht genannt werden dürfen). Die Nato ist zu Europas aussenpolitischem Entscheidungsgremium geworden, was sogar so weit geht, dass sie die heimischen Wirtschaftsinteressen dominiert.

Den jüngsten Vorstoss gegen Russland stellte die Ausweitung der antirussischen ethnischen Gewalt durch das neonazistische ukrainische Post-Maidan Regime nach 2014 dar; er zielte (erfolgreich) darauf ab, einen Showdown zu erzwingen als Reaktion auf die Befürchtung der US-Interessen, dass sie ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss auf ihre Nato-Verbündeten und andere Satelliten des Dollar-Raums verlieren, da diese Länder ihre grössten Gewinnchancen im zunehmenden Handel und den Investitionen mit China und Russland sehen.

Um zu verstehen, welche Ziele und Interessen der USA bedroht sind, muss man die US-Politik und den «Blob» verstehen, d. h. die zentrale Planung der Regierung, die sich nicht durch die Betrachtung der angeblich demokratischen Politik erklären lässt. Dies ist nicht die Politik der US-Senatoren und -Vertreter, die ihre Wahlbezirke im Kongress oder ihre Bundesstaaten vertreten.

Amerikas drei Oligarchien, die die US-Aussenpolitik kontrollieren

Es ist realistischer, die US-Wirtschafts- und Aussenpolitik unter dem Gesichtspunkt des Militärisch-Industriellen Komplexes, des Öl- und Gas- (und Bergbau-)Komplexes und des Banken- und Immobilienkomplexes zu betrachten als unter dem Gesichtspunkt der Politik von Republikanern und Demokraten. Die wichtigsten Senatoren und Kongressabgeordneten vertreten nicht so sehr ihre Bundesstaaten und Bezirke, sondern vielmehr die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen ihrer wichtigsten politischen Wahlkampfspender. Ein Venn-Diagramm würde zeigen, dass in der heutigen Post-Citizens-United-Welt die US-Politiker ihre Wahlkampfspender vertreten, nicht die Wähler. Und diese Geldgeber lassen sich im wesentlichen in drei grosse Blöcke einteilen.

Es sind drei grosse oligarchische Gruppen, die sich die Kontrolle über den Senat und den Kongress erkaufen haben, um ihre eigenen politischen Entscheidungsträger in das Aussen- und Verteidigungsministerium zu bringen.

1. Der Militärisch-Industrielle Komplex

Die erste Gruppe ist der Militärisch-Industrielle Komplex (MIC) – Rüstungsfirmen wie Raytheon, Boeing und Lockheed-Martin haben ihre Produktionsstätten und Arbeitsplätze in fast allen Bundesstaaten und insbesondere in den Kongressbezirken, in denen die Leiter der wichtigsten Kongressausschüsse gewählt werden, breit gestreut. Ihre wirtschaftliche Grundlage ist die Monopolrente, die sie vor allem aus ihren Waffenverkäufen an die Nato, an die Öl-exporteure des Nahen Ostens und an andere Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuss beziehen. Die Aktien dieser Unternehmen stiegen sofort nach Bekanntwerden des russischen Angriffs in die Höhe und führten zu einem zweitägigen Börsenanstieg, als die Anleger erkannten, dass der Krieg in einer Welt des Kosten-Plus-«Pentagon-Kapitalismus»¹, (wie Seymour Melman ihn beschrieb) einen garantierten nationalen Sicherheitsschirm für Monopolgewinne der Kriegsindustrie bietet. Senatoren und Kongressabgeordnete aus Kalifornien und Washington vertreten traditionell den MIC, zusammen mit dem solide pro-militärisch orientierten Süden. Die militärische Eskalation der vergangenen Woche verspricht rasch steigende Waffenverkäufe an die Nato und andere Verbündete der USA, die damit die eigentlichen Auftraggeber dieser Politiker bereichern. Deutschland hat schnell zugestimmt, seine Rüstungsausgaben auf über 2% des BIP zu erhöhen.

2. Der Öl-, Gas- und Bergbausektor

Der zweite grosse oligarchische Block ist der Öl- und Gassektor, dem sich der Bergbausektor anschliesst (OGAM), der von Amerikas besonderer Steuerbegünstigung für Unternehmen profitiert, die natürliche Ressourcen aus dem Boden holen und sie hauptsächlich in die Atmosphäre, die Ozeane und die Wasserversorgung einleiten. Wie der Banken- und Immobiliensektor, der versucht, die wirtschaftliche Rente zu maximieren und die Kapitalgewinne für Wohnungen und andere Vermögenswerte zu maximieren, ist es das Ziel dieses OGAM-Sektors, den Preis für seine Energie und Rohstoffe zu maximieren, um seine Pachtzinsen für die natürlichen Ressourcen zu maximieren. Die Monopolisierung des Ölmarktes im Dollarraum und seine Isolierung von russischem Öl und Gas ist seit über einem Jahr eine wichtige Priorität der USA, da die Nord Stream 2-Pipeline die westeuropäische und die russische Wirtschaft enger miteinander zu verbinden drohte.

Wenn Öl-, Gas- und Bergbaubetriebe auch nicht in jedem Wahlbezirk der USA zu finden sind, so sind es doch zumindest ihre Investoren. Senatoren aus Texas und anderen westlichen Öl- und Bergbaustaaten sind die führenden Lobbyisten des OGAM, und das Aussenministerium hat grossen Einfluss auf den Ölsektor, indem es die besonderen Steuererleichterungen für diesen Sektor unter den Deckmantel der nationalen Sicherheit stellt. Das politische Nebenziel besteht darin, die Bestrebungen des Umweltschutzes, Öl, Gas und Kohle durch alternative Energiequellen zu ersetzen, zu ignorieren und zurückzuweisen. Dementsprechend hat die Regierung Biden die Ausweitung von Offshore-Bohrungen unterstützt, die kanadische Pipeline zur schmutzigsten Erdölquelle der Welt in den Athabasca-Ölsand-Lagerstätten befürwortet und die Wiederbelebung des Frackings in den USA gefeiert.

Die aussenpolitische Erweiterung [in Form der Nato-Erweiterung] soll verhindern, dass andere Länder, welche die Kontrolle über ihr Öl, ihr Gas und ihren Bergbau nicht den US-Firmen überlassen, auf den Weltmärkten mit den US-Lieferanten konkurrieren. Die Isolierung Russlands (und des Irans) von den westlichen Märkten wird das Angebot an Öl und Gas verringern und die Preise und Unternehmensgewinne entsprechend in die Höhe treiben.

3. Der Finanz-, Versicherungs- und Immobiliensektor

Die dritte grosse Oligarchengruppe ist der symbiotische Finanz-, Versicherungs- und Immobiliensektor (FIRE) – der moderne finanzkapitalistische Nachfolger des alten postfeudalen Landadels in Europa, der von Landrenten lebt. Da die meisten Wohnungen in der

heutigen Welt von den Eigentümern selbst bewohnt werden (auch wenn die Zahl der abwesenden Vermieter seit der Obama-Räumungswelle nach 2008 stark angestiegen ist), wird die Landrente in Form von Hypothekenzinsen und Schuldentilgung grösstenteils an den Bankensektor gezahlt (aufgrund steigender Schulden im Verhältnis zum Eigenkapital, da die Bankkredite die Immobilienpreise in die Höhe treiben). Etwa 80% der Bankkredite in den USA und Grossbritannien betreffen den Immobiliensektor, der die Grundstückspreise in die Höhe treibt, um Kapitalgewinne zu erzielen – die für die abwesenden Eigentümer faktisch steuerfrei sind.

Dieser auf die Wall Street ausgerichtete Banken- und Immobilienblock ist noch breiter nach Bezirken aufgeteilt als der MIC. Sein New Yorker Senator von der Wall Street, Chuck Schumer, steht an der Spitze des Senats, der seit langem unterstützt wird von Delawares ehemaligem Senator aus der Kreditkartenindustrie, Joe Biden, und von Connecticut Senatoren aus dem Versicherungsektor, der in diesem Bundesstaat zentriert ist. Im Inland besteht das Ziel dieses Sektors in der Maximierung der Bodenrenten und der «Kapitalgewinne», die aus den steigenden Bodenrenten resultieren. International ist es das Ziel des FIRE-Sektors, ausländische Volkswirtschaften zu privatisieren (vor allem, um das Privileg der Kreditschöpfung in den Händen der USA zu sichern). Damit sollen die staatliche Infrastruktur und die öffentlichen Versorgungsbetriebe in [privatisierte] gewinnorientierte Monopole verwandelt werden, die grundlegende Dienstleistungen (wie Gesundheitsfürsorge, Bildung, Transport, Kommunikation und Informationstechnologie) zu Höchstpreisen anbieten, anstatt zu subventionierten Preisen, mit denen die Lebens- und Geschäftskosten gesenkt werden könnten. Und die Wall Street war schon immer eng mit der Öl- und Gasindustrie verflochten (nämlich mit Bankenkonglomeraten wie der von Rockefeller dominierten Citigroup und der Chase Manhattan).

Die FIRE-, MIC- und OGAM-Sektoren sind die drei Rentier²-Sektoren, die den heutigen post-industriellen Finanzkapitalismus dominieren. Ihr Vermögen ist mit dem Anstieg der MIC- und OGAM-Aktien in die Höhe geschwollen. Und die Bestrebungen, Russland aus dem westlichen Finanzsystem (und teilweise jetzt auch aus SWIFT) auszuschliessen, verbunden mit den negativen Auswirkungen der Isolierung der europäischen Volkswirtschaften von russischer Energie, versprechen, einen Zustrom in dollarisierte Finanztitel anzustossen.

Wie eingangs erwähnt, ist es hilfreicher, die US-amerikanische Wirtschafts- und Aussenpolitik im Hinblick auf die Komplexe zu betrachten, die auf diesen drei Rentier-Sektoren basieren, als im Hinblick auf die Politik der Republikaner und Demokraten. Die wichtigsten Senatoren und Kongressabgeordneten vertreten nicht so sehr ihre Bundesstaaten und Bezirke, sondern vielmehr die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen ihrer wichtigsten Geldgeber. Deshalb spielen heute weder das verarbeitende Gewerbe noch die Landwirtschaft die dominierende Rolle in der US-Aussenpolitik. Die Konvergenz der politischen Ziele der drei vorherrschenden Rentier-Gruppen in den USA überlagert die Interessen der Arbeitnehmer und sogar des industriellen Kapitals ausserhalb des MIC. Diese Konvergenz ist das bestimmende Merkmal des heutigen postindustriellen Finanzkapitalismus. Es handelt sich im Grunde um einen Rückfall in das ökonomische Rent-Seeking, das unabhängig von der Politik der Arbeitnehmer und des industriellen Kapitals ist.

Die Dynamik, die es heute nachzuvollziehen gilt, ist die Frage, warum dieser oligarchische «Blob» sein Interesse daran gefunden hat, Russland in eine Haltung zu drängen, die Russland offensichtlich als eine «do-or-die»-Haltung ansah, um sich den zunehmend gewaltsamen Angriffen auf die ostukrainischen russischsprachigen Provinzen Luhansk und Donezk zu widersetzen, zusammen mit den breiteren westlichen Drohungen gegen Russland.

Die erwarteten Folgen des neuen Kalten Krieges für den Rentier-«Blob»

Wie Präsident Biden erklärte, geht es bei der derzeitigen von den USA inszenierten militärischen Eskalation («Prodding the Bear») nicht wirklich um die Ukraine. Biden versprach zu Beginn, dass keine US-Truppen beteiligt sein würden. Aber er fordert seit über einem Jahr, dass Deutschland verhindert, dass die Nord Stream 2-Pipeline die deutsche Industrie und seine Wohnungen mit günstigem Gas versorgt, sondern auf die viel teureren US-Lieferanten ausweicht.

Die US-Behörden versuchten zunächst, den Bau der Pipeline zu verhindern. Unternehmen, die den Bau unterstützten, wurden mit Sanktionen belegt, aber schliesslich stellte Russland selbst die Pipeline fertig. Die USA übten dann Druck auf die traditionell nachgiebigen deutschen Politiker aus, indem sie behaupteten, Deutschland und das übrige Europa seien einer Bedrohung der nationalen Sicherheit ausgesetzt, sollte Russland den Gashahn zudrehen, um mutmassliche politische oder wirtschaftliche Zugeständnisse zu erlangen. Konkrete russische Forderungen konnten nicht erlassen werden, und so blieben sie im Dunkeln und blob-artig [klecksig]. Deutschland weigerte sich, die offizielle Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zu genehmigen.

Gegen Deutschland gerichtet

Ein Hauptziel des heutigen neuen Kalten Krieges ist die Monopolisierung des Marktes für US-Lieferungen von Flüssigerdgas (LNG). Bereits unter der Regierung von Donald Trump wurde Angela Merkel zum Versprechen genötigt, eine Milliarde Dollar für den Bau neuer Hafenanlagen für US-Tanker auszugeben, damit diese Erdgas für den deutschen Markt entladen können. Der Wahlsieg der Demokraten im November 2020 und das anschließende Ausscheiden von Frau Merkel aus der deutschen Politik führten zur Stornierung dieser Hafeninvestition, so dass Deutschland wirklich keine Alternative zum Import von russischem Gas hat, um seine Häuser zu heizen, seine Energieversorgungsunternehmen mit Strom zu versorgen und Rohstoffe für seine Düngemittelindustrie und damit die Aufrechterhaltung seiner landwirtschaftlichen Produktivität bereitzustellen.

Das vordringlichste strategische Ziel der USA im Rahmen der Nato-Konfrontation mit Russland ist also die Erhöhung der Öl- und Gaspreise, vor allem zum Nachteil Deutschlands. Höhere Energiepreise bringen nicht nur Gewinne und Börsengewinne für die US-Ölkonzern, sondern werden auch der deutschen Wirtschaft viel Dampf nehmen. Es zeichnet sich ab, dass die Vereinigten Staaten Deutschland zum dritten Mal innerhalb eines Jahrhunderts besiegt haben – und dabei jedes Mal ihre Kontrolle über eine deutsche Wirtschaft verstärken, die in Bezug auf Importe und politische Führung zunehmend von den Vereinigten Staaten abhängig ist, wobei die Nato die wirksame Kontrolle gegen jeglichen nationalistischen Widerstand im Inland darstellt.

Höhere Benzin-, Heizungs- und andere Energiepreise werden auch die Verbraucher in den USA und in anderen Ländern (insbesondere in den Ländern des Globalen Südens, die ein Energiedefizit haben) treffen und dazu führen, dass auch dem US-Familienbudget weniger Geld für einheimische Waren und Dienstleistungen zur Verfügung steht. Dadurch könnten an den Rand gedrängte Hausbesitzer und Investoren unter Druck geraten, was zu einer weiteren Konzentration des Eigentums an Wohn- und Gewerbeimmobilien in den Vereinigten Staaten führen könnte, zusammen mit dem Aufkauf von notleidenden Immobilienbesitzern in anderen Ländern, die mit steigenden Heiz- und Energiekosten konfrontiert sind. Dies wird jedoch als Kollateralschaden des postindustriellen Blobs angesehen.

Auch die Lebensmittelpreise werden steigen, allen voran die für Weizen. (Auf Russland und die Ukraine entfallen 25% der weltweiten Weizenexporte.) Dies wird viele Länder des Nahen Ostens und des Globalen Südens, die ein Nahrungsmitteldefizit haben, in Bedräng-

Fortsetzung auf Seite 6

* Michael Hudson (*1939) ist Präsident des «Institute for the Study of Long-Term Economic Trends» (ISLET), das sich mit der Erforschung des nationalen und internationalen Finanzwesens, des Volkseinkommens und der Bilanzierung von Immobilien sowie der Wirtschaftsgeschichte des Alten Orients befasst. Er war Finanzanalyst an der Wall Street und Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri, Kansas City. Er ist Autor zahlreicher Bücher und Artikel und Wirtschaftsberater für Regierungen weltweit, darunter Island, Lettland und China, in den Bereichen Finanzen und Steuerrecht.

Pro memoria

Peter Scholl-Latour – «Der Fluch der bösen Tat»

zf. In Peter Scholl-Latours Ende 2014 posthum erschienenem Buch «Der Fluch der bösen Tat» hat der Verlag das Grusswort von Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt (SPD) zum 90. Geburtstag des Autors am 8. März 2014 aufgenommen. Helmut Schmidt sagte: «Seit Jahrzehnten beeindruckt Peter Scholl-Latour durch seine Expertise fremder Kontinente und Kulturen. Sie ist begründet durch unzählige persönliche Begegnungen und Erfahrungen. Seine Reportagen sind nicht nur kenntnisreiche Beobachtungen, sondern überzeugen durch ihre geopolitische Scharfsicht. [...] Natürlich weiss ich von den Kritiken, welche dieser Mann auch von seiten mancher zeitgenössischer Wissenschaftler erfährt. Es ist aber gerade sein sehr subjektives Urteil, welches seine Meinungen wertvoll macht. Ich kann mich darauf verlassen: Das, was Scholl-Latour schreibt, ist kritisch geprüft, es ist seine wohl erwogene Wahrheit.»

Im Klappentext des Buches von Peter Scholl-Latour heisst es: «Ausführlich beleuchtet Scholl-Latour auch den immer unkontrollierbaren Konflikt in der Ost-Ukraine, dessen Ursachen er nicht zuletzt in der fragwürdigen Politik des Westens gegenüber Russland seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sieht.» Und auf der Rückseite des Buches ist zu lesen: «Mit der ihm eigenen Scharfsicht beleuchtet Peter Scholl-Latour eine Region, über die nach jahrzehntelanger politischer und militärischer Intervention des Westens ein Fluch zu liegen scheint – der Fluch der bösen Tat heilloser Einmischung.»

«Gefangene der eigenen Lügen»

Das Buch beginnt mit dem Kapitel «Gefangene der eigenen Lügen» und den Unterkapiteln «Sarajewo im Donbass» und «Fuck the EU».

Zu Beginn ist zu lesen:

«Vor einem Jahr noch konnte die Welt mit Gelassenheit auf das anstehende Jahr 2014 blicken. Eine kriegerische Konfrontation auf europäischem Boden schien nicht mehr vorstellbar. Man redete sich ein, aus den schrecklichen Lektionen des Ersten Weltkrieges gelernt zu haben. Heute sind diese Illusionen zerplatzt, und wir sehen uns mit einer ganzen Serie von weltweiten Konflikten konfrontiert, die den Regierenden ein schändliches Zeugnis ausstellen. Alte Wunden, von denen man an-

nahm, sie seien längst verheilt, brechen wieder auf.»

Schon im folgenden Absatz heisst es:

«Der absurdeste Territorialkonflikt spielt sich in der Ukraine ab, und das Blutvergiessen erreicht seinen Höhepunkt präzise in einer Region, die im Zweiten Weltkrieg zu den blutigsten Schlachtfeldern gehörte. Noch ist es hoffentlich zu früh, von «Sarajewo im Donbass» zu sprechen. Der Wunsch der ost-ukrainischen Provinzen Lugansk und Donezk, sich aus der Bevormundung durch Kiew zu lösen, zumindest einen gewissen Grad an Autonomie zu erreichen, wäre vielleicht auf diplomatischem Wege zu regeln gewesen. Aber da passierte der tragische Absturz der Malaysian-Airways-Maschine MH 17, der den bislang kontrollierbaren Widerstreit vollkommen aus dem Ruder laufen liess.»

Weiter lesen wir:

«Es lag bestimmt nicht im Interesse Wladimir Putins, eine solche Tragödie heraufzubeschwören. Das dramatische Ereignis, das Russland sofort der allgemeinen Verurteilung aussetzte, war für den russischen Staatschef ein schwerer Rückschlag. Wenn eine Regierung ein Interesse daran hatte, eine solche Eskalation zu vermeiden, dann diejenige im Kreml. Aber der Schuldspruch war schon gefällt.»

«Krasse Einmischung in die Machtverteilung eines souveränen Staates»

Im zweiten Unterkapitel, «Fuck the EU», greift Scholl-Latour eine abgehörte und dann veröffentlichte Aussage der Abteilungsleiterin für Europafragen im State Department der USA, Victoria Nuland, von Anfang Februar 2014 auf. Frau Nuland hatte mit dem amerikanischen Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, telefoniert und die US-Pläne für die künftige Ukraine – die sich nicht mit denen der EU deckten – durchgegeben. Peter Scholl-Latour schrieb dazu: «Demnach erteilte das State Department seinem Repräsentanten in der Ukraine die Weisung, dafür zu sorgen, dass bei der Bildung einer Übergangsregierung in Kiew nach der Maidan-Revolution und der unrühmlichen Flucht des amtierenden Präsidenten Janukowitsch das Amt des Ministerpräsidenten dem Oppositionspolitiker Arsenij Jazenjuk zufiel. Dieser genoss offenbar das Wohlwollen der USA und

verfügte über die unentbehrliche CIA-Connection.»

Scholl-Latour nennt dies eine «krasse Einmischung in die Machtverteilung eines souveränen Staates, die ja vor der Ukraine in einer Vielzahl anderer Fälle weltweit durch Washington vorexerziert worden war», und zugleich einer «unterwürfigen Haltung der europäischen Nationen gegenüber ihrem amerikanischen Hegemon».

«Umfassende Desinformation»

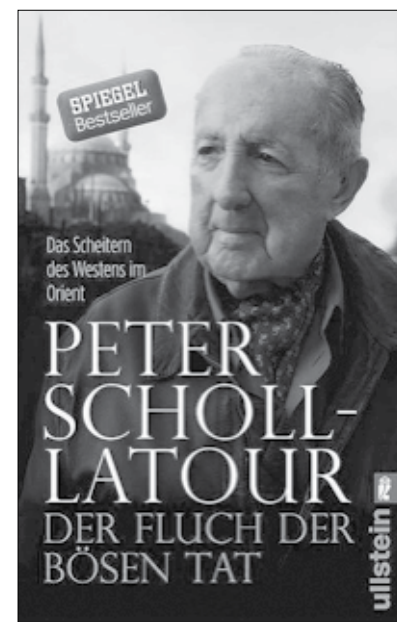
«Ich bin mir bewusst», schreibt Scholl-Latour im folgenden Absatz, «dass ich mich mit dieser Einführung dem Vorwurf des Antiamerikanismus aussetze. Aber wir erliegen spätestens seit dem zweiten Irak-Feldzug einer umfassenden Desinformation, die [...] durch perfekt organisierte Institutionen betrieben wird [...]» Und: «Der dümmste Ausdruck, der den deutschen Kommentatoren in den vergangenen Monaten eingefallen ist, um jene Stimmen zu diffamieren, die ein Minimum an Objektivität bei der Beurteilung der russischen Diplomatie anforderten, lautet «Putin-Versteher.»

Wenige Seiten weiter blickt Peter Scholl-Latour auf die Geschichte nach 1990 zurück und fragt mit Blick auf die Russen, die sich «nach der Auflösung der Sowjetunion mit einer ganzen Serie von Enttäuschungen und Demütigungen konfrontiert sahen»:

«Was war die Rechtfertigung für den aus Amerika gesteuerten «Drang nach Osten» der Atlantischen Allianz, der schon bei der Orangen Revolte des Jahres 2004 mit Hilfe subversiver NGOs und obskurer Finanzmächte eine Ausweitung der amerikanischen Militärpräsenz in der Ukraine, in Weissrussland, in Georgien, ja sogar im zentralasiatischen Kirgistan anstrebte?» Dabei könne Helmut Kohl [der 2014 noch lebte] bestätigen, «dass die westliche Allianz bei der Preisgabe der DDR dem Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow die feierliche Zusage machte, ein Beitritt der Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts zur Nato bliebe ausgeschlossen, was allerdings nicht schriftlich dokumentiert wurde.»

Deutschlands Wortbruch

««Deutschland, wir reichen Dir die Hand, wir kehren zurück ins Vaterland», so hatte



ISBN- 978-3-548-37622-6

ein Chor der Roten Armee», schreibt Scholl-Latour, «auf der grossen Truppenverabschiedungs-Veranstaltung in Berlin gesungen. Der Kreml, der eine halbe Million Soldaten für ein finanzielles Linsengericht und ohne den geringsten Zwischenfall aus der ehemaligen DDR abzog, hatte vermutlich erwartet, dass das wiedervereinigte Deutschland mit Dankbarkeit, zumindest mit Anerkennung reagieren würde. Doch aus Berlin ertönte nicht der geringste Einwand, als die ultrakonservative Mannschaft von Präsident George W. Bush – nachdem die Orange Revolution nicht zum Ziel geführt hatte – die früheren Ostblock-Staaten von Estland bis Bulgarien in das Atlantische Bündnis integrierte und somit die USA unmittelbar an die Grenzen des noch verbliebenen russischen Machtbereichs in Europa heranschoß.»

«Eine systematische Kampagne der Diffamierung»

Ein paar Zeilen später ist zu lesen:

«Als Boris Jelzin aus dem Kreml schied und die Regierungsgewalt an den bislang unbekannteren Wladimir Putin übertrug, erwartete man offenbar in Washington, dass sich dieser Newcomer den westlichen Vorstellungen von parlamentarischer Demokratie und

Fortsetzung auf Seite 7

«Wie MIC, OGAM und ...»

Fortsetzung von Seite 5

nis bringen, ihre Zahlungsbilanz verschlechtern und die Gefahr eines Zahlungsausfalls bei Auslandsschulden mit sich bringen.

Als Reaktion auf die Devisen- und SWIFT-Sanktionen könnten russische Rohstoffexporte von Russland blockiert werden. Dadurch drohen Unterbrechungen der Versorgungsketten für wichtige Materialien wie Kobalt, Palladium, Nickel und Aluminium (dessen Herstellung vor allem viel Strom verbraucht, was dieses Metall verteuert). Sollte China beschliessen, sich als nächste Nation bedroht zu sehen und sich Russland in einem gemeinsamen Protest gegen den Handels- und Finanzkrieg der USA anschliessen, steht den westlichen Volkswirtschaften ein schwerer Schock bevor.

Der langfristige Traum der neuen Kalten Krieger der USA ist die Zerschlagung Russlands oder zumindest die Wiederherstellung der Manager-Kleptokratie der Jelzin/Harvard-Boys, wobei die Oligarchen versuchen, ihre Privatisierungen an den westlichen Aktienmärkten zu Geld zu machen. Der OGAM träumt immer noch davon, die Mehrheitskontrolle über Yukos und Gazprom zu übernehmen. Die Wall Street würde gerne einen neuen russischen Börsenboom erleben. Und die MIC-Investoren freuen sich auf die Aussicht, mehr Waffen zu verkaufen, um all dies zu ermöglichen.

Wie Russland von den von Amerika unbeabsichtigten Folgen zu profitieren gedenkt

Was will Russland? Vor allem will es den neonazistischen, antirussischen Kern beibehalten, der durch das Massaker und den Putsch auf dem Maidan im Jahr 2014 installiert worden ist. Die Ukraine soll neutralisiert werden, was für Russland bedeutet, dass sie im wesentlichen pro-russisch ist und von Donezk, Luhansk und der Krim dominiert

wird. Damit soll verhindert werden, dass die Ukraine zu einem Schauplatz für von den USA orchestrierte antirussische Aktionen à la Tschetschenien und Georgien wird.

Russlands längerfristiges Ziel ist es, Europa von der Nato und der Vorherrschaft der USA loszulösen – und dabei zusammen mit China eine neue multipolare Weltordnung zu schaffen, in deren Mittelpunkt ein wirtschaftlich integriertes Eurasien steht. Ziel ist es, die Nato ganz aufzulösen und dann die von Russland angestrebte umfassende Abrüstungs- und Entnuklearisierungspolitik zu fördern. Dies wird nicht nur die ausländischen Waffenkäufe der USA einschränken, sondern könnte auch zu Sanktionen gegen künftige militärische Abenteuer der USA führen. Damit hätte Amerika weniger Möglichkeiten, seine Militäroperationen zu finanzieren, da sich die Entdollarisierung beschleunigt.

Nun, da es für jeden informierten Beobachter offensichtlich sein sollte, dass (1) der Zweck der Nato in der Aggression und nicht in der Verteidigung besteht und (2) es für die Nato kein weiteres Territorium aus den Überresten der alten Sowjetunion zu erobern gibt, was hat Europa von einer weiteren Mitgliedschaft? Es ist offensichtlich, dass Russland nie wieder in Europa einmarschieren wird. Es hat nichts zu gewinnen – und hatte auch nichts zu gewinnen, indem es die Ukraine bekämpfte, ausser die stellvertretende Expansion der Nato in dieses Land und die von der Nato unterstützten Angriffe auf Noworossija zurückzudrängen.

Werden die national orientierten Führer Europas (die Linke ist grösstenteils pro-USA) fragen, warum ihre Länder für US-Waffen bezahlen sollten, die sie nur in Gefahr bringen, höhere Preise für US-LNG und Energie zahlen, mehr für Getreide und Rohstoffe aus russischer Produktion bezahlen, während sie gleichzeitig die Möglichkeit verlieren, Exportverkäufe und Gewinne aus friedlichen Investi-

tionen in Russland zu erzielen – und vielleicht auch China verlieren?

Nach dem kürzlichen Diebstahl der afghanischen Reserven (und der Beschlagnahme der venezolanischen Goldbestände durch England) bedroht nun die Konfiszierung der russischen Währungsreserven durch die USA das Festhalten aller Länder am Dollarstandard und damit auch die Rolle des Dollars als Vehikel für Deviseneinsparungen durch die Zentralbanken der Welt. Dies wird den internationalen Entdollarisierungsprozess beschleunigen, der bereits von Russland und China eingeleitet wurde, die sich auf den gegenseitigen Besitz ihrer Währungen verlassen. Längerfristig wird Russland wahrscheinlich gemeinsam mit China eine Alternative zum US-amerikanisch dominierten IWF und zur Weltbank bilden. Die Ankündigung Russlands, die ukrainischen Nazis zu verhaften und einen Kriegsverbrecherprozess abzuhalten, scheint darauf hinzudeuten, dass nach Russlands militärischem Sieg in der Ukraine eine Alternative zum Haager Gerichtshof geschaffen wird. Nur ein neuer internationaler Gerichtshof könnte Kriegsverbrecher aburteilen, von der ukrainischen Neonaziführung bis hin zu US-Beamten, die für Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne der Nürnberger Gesetze verantwortlich sind.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Russland die Absicht hat, Ressourcen und Menschenleben für eine Besatzung zu verschwenden. Seine erste Aufgabe war es, den Angriff auf die russischsprachigen Ostprovinzen zu stoppen und die Krim zu schützen. Ihre zweite Aufgabe bestand darin, die neonazistischen Streitkräfte auszulöschen, ihre Anführer nach Möglichkeit gefangen zu nehmen und sie wegen Kriegsverbrechen vor Gericht zu stellen – und dann die Leiter zu ihren US-Sponsoren, des NED usw. hinaufzusteigen.

Es ist natürlich möglich, dass Europa auseinanderbricht. In diesem Fall wird sich Russ-

land China und den anderen SCO-Mitgliedern zuwenden. Europa wird unter schwerwiegenden Problemen in der Lieferkette, einer Inflation der Rohstoffpreise und Haushaltsengpässen für seine Bevölkerung und seine Regierungen leiden.

Hat der amerikanische Blob die Folgen des Nato-Krieges wirklich durchdacht?

Es ist fast schon schwarzer Humor, wenn man sich die Versuche der USA ansieht, China davon zu überzeugen, dass es sich den Vereinigten Staaten anschliessen und Russlands Vorgehen in der Ukraine anprangern sollte. Die grösste unbeabsichtigte Folge der US-Aussenpolitik war, dass Russland und China zusammen mit dem Iran, Zentralasien und anderen Ländern entlang der Belt-and-Road-Initiative zusammengeführt wurden.

Russland träumte davon, eine neue Weltordnung zu schaffen, aber es war das Abenteuer der USA, das die Welt in eine völlig neue Ordnung getrieben hat – eine, die von China als Standardgewinner dominiert zu werden scheint, jetzt, da die europäische Wirtschaft im wesentlichen auseinandergerissen ist und Amerika mit dem zurückbleibt, was es sich von Russland und Afghanistan geschnappt hat, aber ohne die Fähigkeit, zukünftige Unterstützung zu gewinnen. •

¹ Cost-plus pricing: Von der Angebotsseite, hier der Rüstungsindustrie, bestimmte Preisbildung, bei der zu den Herstellungskosten ein festgelegter Gewinnaufschlag dazugerechnet wird, der den Profit sichert.

² Ein Rentier ist eine Person, die von regelmässigen Zahlungen aus in Aktien oder Anleihen angelegtem Kapital, der Vermietung von Immobilien oder der Verpachtung von Land lebt. (Wikipedia)

Quelle: <https://www.counterpunch.org/2022/03/01/america-defeats-germany-for-the-third-time-in-a-century/>

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Russland-Ukraine-Konflikt – ein Blick aus Argentinien

von Atilio A. Borón*

zf. Die Presse in Lateinamerika berichtet erheblich differenzierter über den Krieg in der Ukraine, als es westliche Medien tun. In «Página 12» aus Argentinien, einer der renommiertesten Tageszeitungen Lateinamerikas, erschien der nachfolgend abgedruckte Kommentar von Atilio A. Borón als ein Beispiel unter vielen.

In dem Masse, in dem sich die russische Besetzung der Ukraine ausweitet – und ich sage «Besetzung», um den Begriff zu verwenden, der für Invasionen verwendet wird, die den Segen der etablierten Mächte haben: Besetzung des Irak, Libyens, Syriens, der palästinensischen Gebiete usw. –, häufen sich die Fragen nach dem Wesen und der Bedeutung dieser Operation. Die vermeintlichen «Wahrheiten» und «Beweise», die die westliche Presse aus ihren Flaggships in den Vereinigten Staaten und Europa liefert, müssen von vornherein völlig zurückgewiesen werden, denn was diese Medien verbreiten, ist unverhohlene Propaganda. Natürlich ist es aus rein militärischer Sicht richtig, dass Russland in die Ukraine «eingedrungen» ist. Da aber «Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» ist, wie von Clausewitz sagte, muss dieser militärische Einsatz entsprechend den politischen Prämissen, die ihm seinen Sinn geben, beurteilt und interpretiert werden. Dies werden wir im folgenden versuchen.

Und diese Prämissen sind ganz klar: Russland hat diese aussergewöhnliche Massnahme, die an und für sich zu verurteilen ist, als Reaktion auf dreissig Jahre Angriffe ergriffen, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begannen. Vor einiger Zeit sagte Wladimir Putin mit seiner üblichen Eindringlichkeit zu den westlichen Staats- und Regierungschefs: «Ihr habt euch nicht damit begnügt, Russland im Kalten Krieg zu besiegen. Ihr habt es ge-

demütigt.» Der politische (und militärische) Kampf ist keine abstrakte Übung oder ein Wettbewerb der Gesten oder rhetorischen Phrasen. Aus diesem Grund erscheint die «Invasion», die sich – oberflächlich gesehen – als erbitterter Kampf im Schlamm und Blut der Geschichte darstellt, in einer völlig anderen Bedeutung: als eine defensive Reaktion auf endlose und un gerechtfertigte Schikanen.

Nach dem Zerfall der UdSSR löste Russland den Warschauer Pakt auf, errichtete ein politisches Regierungssystem nach dem Vorbild der europäischen Demokratien, etablierte einen zutiefst oligarchischen Kapitalismus mit mafiosen Methoden, öffnete seine Wirtschaft für ausländisches Kapital und spielte sogar mit dem Gedanken, der Nato beizutreten. Trotz all dieser Bemühungen, sich dem ideologisch-politischen Konsens des Westens anzupassen, wurde Russland wie zu Sowjetzeiten als abweichender Akteur im internationalen System betrachtet, als ein Feind, vor dem man sich schützen muss und der gleichzeitig daran gehindert werden muss, sich selbst zu schützen, denn während die internationale Sicherheit für die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten nicht verhandelbar ist, wird Russland ein solches Privileg nicht zugestanden.

Die Militäroperation gegen die Ukraine ist die logische Konsequenz einer ungerechten politischen Situation oder der Endpunkt dessen, was Boaventura de Sousa Santos als «die absolute Unfähigkeit der westlichen Staats- und Regierungschefs» diagnostizierte, zu erkennen, dass es keine europäische Sicherheit gibt und geben wird, wenn sie nicht auch für Russland gewährleistet ist. Unfähigkeit einer europäischen Führung, die auch andere Bezeichnungen verdient: kurzfristig, korrupt, ignorant und bis zur Schande unterwürdig gegenüber dem amerikanischen Hegemonismus, der nicht zögern wird, neue Kriege in Europa oder in seinem Hinterhof im Nahen Osten zu führen, so oft es seinen Interessen dient.

Dieses Versagen der Führung hat dazu geführt, dass sie Russland zunächst verachteten oder unterschätzten (Ausdruck einer diffusen Russophobie, die vielen Russen nicht entgangen ist) und dann Putin dämonisierten, wobei Joe Biden sich auf dem Feld der Diplomatie unvorstellbare Dinge leistete. Tatsächlich bezeichnete er mitten im Wahlkampf, um seine Dialogfähigkeit zu demonstrieren, Putin als Chef einer «autoritären Kleptokratie». In einer kurz nach dem Staatsstreich von 2014 veröffentlichten Notiz schrieb Henry Kissinger, ein Kriegsverbrecher, aber im Gegensatz zu Biden ein profunder Kenner der internationalen Realitäten, dass «Putin ein ernsthafter Strategie ist, der mit den Prämissen der russischen Geschichte übereinstimmt», obwohl er im Westen systematisch unterschätzt worden sei. Er kommt zu dem Schluss, dass «die Dämonisierung von Wladimir Putin keine Politik des Westens ist, sondern ein Deckmantel, um das Fehlen einer Politik zu vertuschen». In demselben Artikel, der für die zunehmend verwirrte postmoderne Linke sowohl in Lateinamerika als auch in Europa sehr empfehlenswert ist, liefert Nixons ehemaliger Aussenminister eine notwendige Reflexion, um den aussergewöhnlichen Charakter der ukrainischen Krise zu verstehen. Für die Russen «kann die Ukraine niemals ein fremdes Land sein. Die Geschichte Russlands beginnt in der sogenannten Kiewer Rus». Deshalb haben selbst so erbitterte Dissidenten des sowjetischen Systems wie Alexander Solschenizyn und Josep Brodsky «darauf bestanden, darauf hinzuweisen, dass die Ukraine ein integraler Bestandteil der russischen Geschichte und damit Russlands ist». Keiner der führenden Politiker des Westens scheint auch nur die geringste Ahnung von diesem historischen Erbe zu haben, das entscheidend dafür ist, warum Putin die «rote Linie» der Nato gerade in der Ukraine gezogen hat.

Diese Verweise, die nur scheinbar eine gewisse Verdrängung oder Verleugnung des gegenwärtigen Schreckens sind, sind unverzichtbar, um den Konflikt zu verstehen und ihn möglicherweise zu lösen. Deshalb lohnt es



sich zu lesen, was ein amerikanischer Internationalist, John Mearsheimer, 2014 schrieb, als Washington zusammen mit Nazi-Banden den Putsch inszenierte, der die rechtmässige Regierung von Viktor Janukowitsch stürzte. In diesem Artikel erklärte der Professor der University of Chicago, dass die Ukraine-Krise und die Rückeroberung der Krim durch Putin «die Schuld des Westens» sei, weil dieser die Beziehungen zu Moskau schlecht gehandhabt habe. Er fügte hinzu, dass jeder US-Präsident mit Gewalt reagiert hätte, wenn eine Macht wie Russland in einem Nachbarland, zum Beispiel Mexiko, einen Putsch inszeniert, eine Washington-freundliche Regierung abgesetzt und an ihrer Stelle ein zutiefst anti-amerikanisches Regime installiert hätte («Why the Ukraine crisis is the West's fault», in: *Foreign Affairs*, Vol. 93, No. 5, September-October 2014).

Kurz gesagt: Der äussere Anschein verrät nicht immer das Wesen der Dinge, und was auf den ersten Blick als eine Sache – eine Invasion – erscheint, kann aus einer anderen Perspektive und unter Berücksichtigung von Hintergrundinformationen etwas völlig anderes sein.

Quelle: <https://www.pagina12.com.ar/404466-conflicto-rusia-ucrania-una-segunda-mirada> vom 28.2.2022

(Übersetzung Zeit-Fragen)

«Peter Scholl-Latour – ...»

Fortsetzung von Seite 6

kapitalistischer Marktwirtschaft unterwerfen würde. Sobald jedoch deutlich wurde, dass Putin mit autoritären Methoden sein Vaterland aus der entsetzlichen Misere herausführen wollte, in der er es vorgefunden hatte, zeigte man sich am Potomac enttäuscht und empört. Schon setzte eine systematische Kampagne der Diffamierung ein.»

«Aber die neue Führung Russlands», so Scholl-Latour weiter, «konnte darauf verweisen, dass in der postsowjetischen Phase des Übergangs das russische Volk bereits eine extrem ernüchternde, negative Erfahrung mit den sogenannten freiheitlichen Werten des Westens gemacht hatte, die man ihm aus Washington oktroyieren wollte. Nur wer zur Zeit der Perestroika und Glasnost, zur Zeit der Verschleuderung des Staatsvermögens an unersättliche Oligarchen an Ort und Stelle war, kann sich eine Vorstellung machen von dem Massenelend, von der ausufernden Kriminalität, die damals über Russland hereinbrachen.»

«Kern eines neuen russischen Selbstbewusstseins»

«Diesen Verwerfungen», so heisst es wenig später, «ist Wladimir Putin nicht als «lupenreiner Demokrat», sondern als Autokrat entgegengetreten. Vielleicht brauchte es einen Eingeweihten der sowjetischen Geheimdienste, um Schritt für Schritt die Ordnung wiederherzustellen, die Macht der «neuen Bojaren», der Oligarchen, zu zügeln und in die Trümmer der zerfallenen Sowjetunion den Kern eines neuen russischen Selbstbewusstseins zu pflanzen.»

Aber: «Damit setzte sich der neue Zar einer systematischen Kampagne durch die ferngesteuerten Medien Europas und deren politische Einflüsterer aus, die die strategische Konsolidierung der immer noch furchterregenden Atommacht Russland durch innere Subversion und Verhängung von Sanktionen zu hintertreiben suchten.»

Und: «Man muss kein «Putin-Versteher» sein, um nachzuempfinden, dass das Angebot einer Wirtschaftsassoziation der Ukraine mit

der Europäischen Union im Kreml als Vorstufe einer Ausdehnung der Nato nach Osten über den Dnjestr und Dnjepj hinaus empfunden wird. [...] Die Erwartung, dass Barack Obama den Geboten der neuen weltpolitischen Multipolarität Rechnung trüge, erwies sich als Illusion.»

Geschichte und Gegenwart

Schliesslich blickt Peter Scholl-Latour noch einmal weiter in die Geschichte zurück:

«Ich erinnere an die zwielichtigen Zustände, die während des Zweiten Weltkriegs in Ost-Galizien, im ehemals österrei-

chen und polnischen Teil der heutigen West-Ukraine vorherrschten. [...] Der Zeitung «Le Monde», die derzeit an der Spitze der Anti-Putin-Kampagne in Frankreich steht, entnehme ich folgendes Zitat: «Die Nazis waren der Ansicht, die westlich des Dnjepj lebende Bevölkerung assimilieren zu können. Östlich davon führten sie einen Vernichtungskrieg ... Im Westen der Ukraine wurden die Deutschen oft als Befreier empfangen.» Dort haben sich [...] «150000 ukrainische Nationalisten in die Waffen-SS oder Verteidigungsmilizen gemeldet ... sie waren unentbehrlich für die Ausführung der Shoa. Im Lager Bel-

Russland wird weithin unterschätzt

von Guy Mettan

Die dramatischen Ereignisse, die sich in diesen Tagen in der Ukraine abspielen, zwingen uns, noch einmal auf das Problem Russland und Europa zurückzukommen. [...]

Was heute geschieht, ist die Folge der fatalen Spirale, die nach 1991 in Gang gesetzt wurde und die einige US-Verantwortliche wie Henry Kissinger, Zbigniew Brezinski oder Georges Kennan vorausgesehen hatten, wenn Moskau weiterhin ins Kreuzfeuer geraten würde.

Bis wir mehr Klarheit über die Ursachen und Folgen dieses bewaffneten Konflikts haben, sollten wir [die Behauptung], die in den Kommentaren immer wieder auftauchen, aus dem Weg räumen [...], dass Russland eine zweitklassige Wirtschaft sei, die sich in einem rapiden Niedergang befindet und deren BIP geringer sei als das Spaniens.

Solche Äusserungen erfreuen die Russophoben, die sie von sich geben, und die ihr Wunschenken für Realität halten. Aber sie sind falsch.

In einer Studie, die in der Novemberausgabe der Zeitschrift *Foreign Affairs* veröffentlicht wurde, die als Bibel für die imperiale Politik der USA dient, warnten zwei Forscher vor dieser Illusion. Die russische Wirtschaft ist nicht nur stärker, als man ihr gerne nachsagt – sie steht nach Kaufkraftparität weltweit an sechster Stelle und in Europa hinter Deutschland an zweiter Stelle –, sondern auch widerstandsfähig und seit 2014 wegen oder vielmehr dank der gegen

sie verhängten Sanktionen sehr viel stärker geworden.

Natürlich entwickeln diese Autoren, die Mitglieder eines dem Pentagon nahestehenden Think tanks (des *Center for a New American Security*) sind, diese These weiter, um noch mehr militärische Kredite und Mittel im Kampf gegen Russland zu fordern. Die USA, so schreiben sie, müssen sich die Mittel verschaffen, um sowohl Russland als auch China in Schach zu halten, um ihre «demokratische» Hegemonie in der Welt zu bewahren.

Aber zumindest geben sie das Offensichtliche zu. Sehen wir uns die Fakten an: In finanzieller Hinsicht verfügt Russland mit 650 Milliarden US-Dollar über einige der grössten Reserven der Welt und kann damit vorausschauend handeln. Seine Abhängigkeit vom Dollar wurde drastisch reduziert. Ein paralleles Zahlungssystem zu SWIFT wird derzeit eingerichtet. Seine Auslandsverschuldung ist gering, und seine öffentlichen Haushalte sind ausgeglichen – Phänomene, die bei uns unbekannt sind. Seine Exporte wurden stark diversifiziert, insbesondere nach Asien und in den Nahen Osten. Seine landwirtschaftliche Produktion ist so stark angestiegen, dass es seit 2017 zum weltweit grössten Weizenexporteur geworden ist. Es ist nach wie vor der grösste Gas- und Öllieferant Europas (und paradoxerweise der zweitgrösste der USA im Jahr 2021!).

Russland reindustrialisiert sich mit hoher Geschwindigkeit, insbesondere in der Pe-

zec (600000 Opfer) gab es nur fünfzehn bis zwanzig deutsche Soldaten.»

Und er stellt Bezüge zur Gegenwart her: «Während der Maidan-Unruhen 2014 brachen aus der Umgebung von Lemberg [...] militärisch organisierte Stosstruppen auf, die sich bei ihrem Kampf für ein nach Westen ausgerichtetes Regime auf den Nationalhelden Stephan Bandera beriefen, obwohl dieser zur Zeit des von Nazis eingerichteten Generalgouvernements Jagd auf Polen, Russen und Juden gemacht hatte. Aber an diese düstere Vergangenheit [...] wagt im Westen offenbar niemand zu rühren.»

trochemie, bei Kunststoffen und Verbundwerkstoffen, wobei diese von billiger Energie profitieren. Es hat seine eigenen digitalen Technologien und Internetplattformen entwickelt, unabhängig von den kalifornischen Giganten. Und schliesslich ist seine Rüstungsindustrie erfolgreich, wie die Verkaufszahlen belegen, und in einigen Bereichen wie Hyperschallraketen und Cyberkrieg sehr innovativ. Nebenbei sei erwähnt, dass Russland in der Lage ist, begrenzte Kriege zu führen, die wenig Geld und Menschenleben kosten, wie man in Syrien gesehen hat. Im Vergleich zu den Billionen Dollar, welche die USA und die Nato in Afghanistan und im Irak vergeblich ausgegeben haben, ist das kein geringer Vorteil.

Eine letzte Feststellung ist die Demografie, von der man sagt, dass sie rückläufig ist. Der russische Bevölkerungsrückgang ist real, aber weit davon entfernt, katastrophal zu sein, da er durch Arbeitskräfte aus den zentralasiatischen verbündeten Ländern ausgeglichen wird. Die Lebenserwartung und der Index für menschliche Entwicklung haben sich stark verbessert, während andere Indikatoren wie die Selbstmordrate und die Kindersterblichkeit deutlich zurückgegangen sind. [...]

Quelle: <https://bonpourlatete.com/debat/l-ukraine-et-les-precedents-du-golan-et-du-kosovo> (Auszug)

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Dem Sturm trotzen

Demokratie und Frieden brauchen eigenständig denkende Menschen

von Dr. Eliane Perret, Psychologin und Heilpädagogin



Säuleneiche (Bild rp)

Als vor kurzem in der Nacht ein heftiger Sturm durch unser Land fegte, erwachte ich am Morgen vom Lärm einer Motorsäge. Es zeigte sich bald, dass die Feuerwehr einen auf dem Nachbargrundstück umgestürzten Baum zersägte, damit die Strasse wieder frei wurde. Ich war etwas erstaunt. Neben dem Baum stand eine sehr hohe Säuleneiche, deren Stamm und Äste sich jeweils im Wind so stark neigen und verbiegen, dass ich stets befürchtet hatte, der Baum werde auseinanderbrechen. Nun lag aber die Fichte am Boden.

Mittlerweile weiss ich von fachkundiger Seite, dass es an den Wurzeln der beiden Bäume gelegen hat. Die Fichte ist ein Flachwurzler und breitet ihr Wurzelgeflecht tellerförmig aus. Zudem war diese Fichte auch durch Rotfäule im Stamm geschwächt. So hatte der Wind bei ihr ein leichteres Spiel. Die Säuleneiche hingegen ist mit einer Pfahlwurzel fest im Boden verankert und sucht mit ihren Wurzeln das Wasser in der Tiefe des Bodens.

Trotz starkem Wind stehenbleiben

Mir drängte sich bei diesem morgendlichen Erlebnis der Vergleich mit uns Menschen auf. Warum bilden sich die einen eine eigene fundierte Meinung und andere ziehen im Sog der Propaganda mit? Mich haben immer Persönlichkeiten fasziniert, die in widrigen Umständen einen Weg gefunden haben, Mensch zu bleiben, einen klaren Kopf zu behalten und sich Unrecht entgegenzustellen – im Bewusstsein des damit verbundenen Risikos. Die Frage nach dem Warum stellt sich für mich heute um so drängender, als unsere Weltlage in eine bedrohliche Schiefelage gerutscht ist und uns Menschen fordert, innere Stärke zu entwickeln und einen eigenen Standpunkt einzunehmen, auch wenn uns ein starker Wind entgegenbläst. Und was können wir tun, damit sich unsere Kinder diese innere Stärke aneignen?

Gefühlsmässige Sicherheit und Freude am Erkunden entwickeln

Kehren wir zum Bild mit den beiden Bäumen zurück und den Wurzeln, mit denen sie sich im Boden verankern. Geht es am Anfang des Lebens eines Kindes nicht auch darum, dass es «Wurzeln» schlägt und beginnt, sich in der Menschheitsfamilie heimisch zu fühlen? Dazu braucht es die Nähe und den Schutz seiner Beziehungspersonen. In der Entwicklungspsychologie spricht man von Bindungssicherheit, die ein Kind zu Beginn seines Lebens aufbauen muss. Nebst dem Bedürfnis nach Nähe und Schutz, das durch die Bindung gewährleistet sein soll, ist auch dasjenige nach Interaktion (Erkun-

«Oft wird bei Propagandatechniken auf der Ebene des Mitgefühls agiert, um Unwahrheiten zu verbreiten und die Menschen mit sprachmanipulativen Techniken täuschen zu können. Deshalb braucht es neben einer fundierten Bildung eben jenes eigenständige Denken, das es erlaubt, solche Vorgänge zu durchschauen und einen klaren Blick zu bewahren, verwurzelt im Gefühl, dass es auf mich ankommt.»

dung, Exploration) eine angeborene Disposition des Menschen. Diese Bedürfnisse regulieren sich gegenseitig. Im ersten zwischenmenschlichen Kontext beginnt das Kind, Urvertrauen und einen stabilen Persönlichkeitskern aufzubauen. Ein entscheidender Schritt zu innerer Stärke!

Neugier – ein Grundstein selbständigen Denkens

Kinder dabei zu beobachten, wie sie ihre Umwelt entdecken, ist faszinierend: Mit grosser Beharrlichkeit versucht *Annina* Bauklötze aufeinander zu stapeln, bis ein hoher Turm entsteht – der wieder einstürzt und einen Neuanfang fordert. Entdeckt *Annina* schliesslich, dass ein grosser Klotz zuunterst die Standfestigkeit des Turms erhöht, hat sie ein erstes physikalisches Gesetz entdeckt, das sie künftig nutzen kann. So gibt es tausend Fragen, die Kinder gerne beantwortet haben möchten – ein natürliches Lernfeld, genährt durch Neugier und das Bedürfnis nach Echo und Anerkennung durch die Beziehungspersonen. Die Eltern haben bei ihren Kindern viel in der Hand, deren Bedürfnis zu unterstützen, etwas erfahren, genau wissen und lernen zu wollen. Der etwas ältere *Marco* will wissen, wie man ein Haus zeichnet, damit es «wie echt» aussieht, und lernt so die Parallelperspektive kennen. Oder *Celine*, die mit eindringlicher Zuverlässigkeit ihren Eltern jeden Tag die Gratiszeitung nach Hause bringt, die sie bei der Bushaltestelle aus dem Kasten nehmen kann. Vielleicht wird sie am Familientisch einmal wissen wollen, warum diese Zeitung eigentlich – heute, wo alles etwas kostet – gratis zu haben ist.

Ein Gefühl für Recht und Unrecht entwickeln

All diese Eindrücke und Erfahrungen verarbeitet ein Kind in seiner individuellen Art und entwickelt dabei ein Bild von sich und der Welt. Daraus bildet es eine Vorstellung, wie es unter den Mitmenschen Sicherheit und Geltung gewinnt. Dieser Entwicklung gilt es Sorge zu tragen, womit den Eltern und anderen wichtigen Beziehungspersonen eine anspruchsvolle Aufgabe zukommt. Bereits kleine Kinder richten sich in ihrer Stimmung und ihrem Verhalten nach dem Modell ihrer Eltern aus und verinnerlichen deren Normen und Werte. Dazu gehören beispielsweise Gerechtigkeitssinn und Friedfertigkeit, Besonnenheit und Mut, Redlichkeit, Achtung vor dem anderen, Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe. So bildet das Kind ein Gewissen aus, ein Gefühl für Recht und Unrecht. Damit verfügt es über einen inneren Massstab, mit dem es die Auswirkungen seines Handelns für sich und die anderen Menschen überblicken lernt und seine Entscheidungen sorgsam abwägt kann.

Verwöhnung oder Strenge?

Ein gelungener Erziehungsprozess gibt dem Kind eine Lebensorientierung, die sich am Gemeinwohl orientiert, was keinesfalls im Gegensatz zum Wohlergehen des einzelnen Menschen steht. «Aber wie soll dieser Erziehungsprozess aussehen? Ist eher Nachgiebigkeit oder mehr Anleitung angesagt? Verwöhnung oder Strenge? Und was befähigt mein Kind, später eigenständig zu denken und zu handeln?» Diese Fragen stellen sich heute viele Eltern. Manche sind verunsichert, es fehlen ihnen die Leitplanken, an die sie sich im Umgang mit ihren Kindern halten könnten. Sicherlich möchte niemand zurück zu einer autoritären Erziehung. Es war richtig, von der damit verbundenen Härte Abstand zu nehmen. Falsch war es jedoch, gleichzeitig die damit verbundenen Werte über Bord

zu werfen und beispielsweise Respekt als Unterwürfigkeit und Ehrlichkeit als Anpassertum abzuwerten.

Heute treffen wir viele Kinder an, die drohen, verlorenzugehen, weil die Eltern ihnen keine Reibungsfläche mehr geben möchten und ihren Wünschen unbedacht nachgeben oder gar vorgreifen. Diese verwöhnende Haltung von Erziehenden ist nichts Neues, doch zeigt sie heute ein etwas anderes Gesicht. Waren verwöhnte Kinder früher eher passiv und warteten ab, was ihnen «Gutes geschehen möge» (und schmolten, falls es nicht eintraf), sind heutige verwöhnte Kinder oft hochaktiv. Sie argumentieren eloquent und unverfroren fordernd und versuchen mit unterschiedlichen Mitteln, ihren Willen durchzusetzen. Eltern verbinden das fälschlicherweise immer wieder mit einer starken Persönlichkeit des Kindes und bewundern es, weil es scheinbar weiss, was es will. Jene innere Stärke, die sich die Eltern für ihr Kind so sehr wünschen, kann auf diese Weise nicht entstehen. Im Gegenteil, wir haben dann Kinder vor uns, die sich ihren Lebensaufgaben nicht gewachsen fühlen, ihre Unsicherheit mit einem überhitzten Geltungsdrang überspielen und sich dadurch leicht manipulieren lassen. Einen eigenen Standpunkt einzunehmen und auch gegen Widerstand dabei zu bleiben, ist für diese Kinder kaum möglich.

Erwachsen werden – eine Herausforderung

Eine solche Entwicklung kann gerade in der Pubertät sehr heikel sein. Der Prozess des Erwachsen-Werdens fordert die Jugendlichen. Oft beschäftigt sie ein Gefühl der Unsicherheit, Ziellosigkeit und Entmutigung – angesichts der heutigen Weltlage nicht erstaunlich. Sie möchten dazugehören, Geltung haben. Das ist etwas Natürliches – aber wie? Je nach Umfeld kann dieses Bedürfnis missbraucht und Jugendliche können (gezielt) in eine Position gebracht werden, von der sie sich geehrt fühlen. Das hat nichts mit Eigenständigkeit und Selbstbewusstsein zu tun. Einen eigenen Standpunkt einzunehmen bedeutet nicht, sich aus einer persönlichen Gefühlslage heraus schnell in Widerspruch zu setzen (zum Beispiel in Abgrenzung zu einem Geschwister oder als provokative Gesprächsaufforderung gegenüber dem Vater).

Auch die Schule ist gefordert

Nebst dem Elternhaus und dem näheren Umfeld eines Kindes ist auch die Schule gefordert, ihren Beitrag zu leisten, damit es ein eigenständig denkender Mitmensch werden kann. Es wäre an der Zeit, dass sich unsere vom Volk beauftragten Bildungsverantwortlichen wieder darauf besinnen, welche Aufgabe der Schule zukommt, dass sie wissenschaftliche Forschungsergebnisse und Kritik ernst nehmen und längst gescheiterte Reformprojekte korrigieren. Dann kann die Schule ihren Auftrag wieder wahrnehmen und die Kinder und Jugendlichen zu selbständig denkenden mündigen Staatsbürgern heranbilden. Die Schulklasse muss ein wichtiges Modell des Zusammenlebens sein, wo ein Kind erleben kann, wie man sich in gemeinsamer Arbeit und mit der nötigen Sorgfalt Wissen aneignet und gegensätzliche Standpunkte im Dialog und gegenseitigem Respekt diskutiert, sich in das Anliegen des Gegenübers einfühlend. Es muss dort auch erleben können, dass sich nicht die Macht des Stärkeren durchsetzen kann. Diesen Ansprüchen an sozialer Durchbildung muss ein modernes Bildungssystem genügen und mit entsprechenden Unterrichtsformen und Bildungsinhalten einhergehen. Dann werden Begriffe wie Demokratie und Menschen-

rechte bei den Kindern und Jugendlichen keine hohlen Phrasen bleiben, mit denen man später gegebenenfalls Diskussionen ins Leere laufen lassen und das Gegenüber als Unmensch hinstellen kann. Gerade heute ist unsere heranwachsende Generation darauf angewiesen, dass sie erkennt, wie versteckte Bedürfnisse vom Zeitgeist aufgegriffen, Emotionen hochgekocht und Meinungen durch Propaganda und Desinformation gesteuert werden. Jugendliche denken sich gerne in solche Themen ein und werden auf diese Weise fähig, selbständig zu denken und sich eine eigene, sorgfältig begründete Meinung zu bilden.

Stellen wir uns vor ...

Heute prasseln viele Meldungen von allen Seiten auf uns herein, die uns das Weltgeschehen erklären wollen. Wie kann nun ein junger Mensch wissen, wie er das beurteilen soll? Oft wird bei Propagandatechniken auf der Ebene des Mitgefühls agiert, um Unwahrheiten zu verbreiten und die Menschen mit sprachmanipulativen Techniken täuschen zu können. Deshalb braucht es neben einer fundierten Bildung eben jenes eigenständige Denken, das es erlaubt, solche Vorgänge zu durchschauen und einen klaren Blick zu bewahren, verwurzelt im Gefühl, dass es auf mich ankommt. Und stellen wir uns vor: In der Familie und mit den Freunden wird wieder vermehrt engagiert darüber diskutiert, warum bestimmte Meinungen verdreht wiedergegeben und deren Exponenten diffamiert oder gar psychiatrisiert werden. Man beobachtet und durchschaut diese stockautoritären Vorgänge und benennt sie als solche. In einer solchen Stimmung und mit entsprechender Bildung wird die heranwachsende Generation genau wissen wollen, wie die Vorgeschichte eines Krieges war, was das Humanitäre Völkerrecht ist und warum und von wem die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* verfasst wurde. Sie stellt auch die Frage, warum die Schweiz in den letzten Jahren so massiv unter Druck gesetzt wurde und weshalb sie unbedingt neutral bleiben muss. Solche jungen Menschen werden die Medienmeldungen vergleichen und stutzen, wenn überall – sprachlich etwas variiert – immer wieder das Gleiche steht, und sie werden sich sorgfältig informieren, wie die Realität ist. Ihre Verankerung in einem Netz zwischenmenschlicher Beziehungen schützt sie vor Irrwegen. Damit schaffen sie sich die Grundlage für eine eigene Meinung, die sie mit innerer Sicherheit vertreten können. Stellen wir uns das vor!

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,

Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung

des Völkerrechts, der Menschenrechte

und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenhaid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch

um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES-

1STW

IBAN DE18640618540067517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGT2B

IBAN AT55370000105713599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von

Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls

Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-

Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren

Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion,

von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenhaid.